

Philipp Hofer

**„Jugendliche zwischen Soll und Haben“ – ökonomische
Analyse ausgewählter Einflussfaktoren
der Schuldenprävention**

eingereicht als

DIPLOMARBEIT

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Wirtschaftswissenschaften

Weiz, 2011

Erstprüfer: Prof. Dr. Andreas Hollidt

Zweitprüfer: Prof. Dr. rer. oec. Johannes N. Stelling

Vorgelegte Arbeit wurde verteidigt am:

Bibliographische Beschreibung:

Hofer, Philipp

„Jugendliche zwischen Soll und Haben“ – ökonomische Analyse ausgewählter Einflussfaktoren der Schuldenprävention – 2011. – 80 S.

Weiz, Hochschule Mittweida (FH), Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Diplomarbeit, 2011.

Referat:

Ziel der Diplomarbeit ist es, die Verschuldungssituation in Österreich allgemein und speziell bei Jugendlichen aufzuzeigen. Dabei wird versucht, aktuelle Trends und Daten einfließen zu lassen und nach den Ursachen der Jugendverschuldung zu suchen. Auch die Geschäftsfähigkeit der Jugendlichen wird dabei genauer betrachtet. Danach werden Tipps und Möglichkeiten für eine mögliche Schuldenprävention erläutert und anschließend werden Auswege aus der Schuldenfalle aufgezeigt. Hierbei spielen Schuldnerberatungsstellen eine zentrale Rolle. Auch wird auf die Thematik Privatsolvenz eingegangen. Letztlich wird ein Resümee anhand der aufgezeigten Probleme und Fakten gezogen. Die ständig steigende Jugendverschuldung mit der damit verbundenen sozialen Verelendung rechtfertigt die Bearbeitung dieser Thematik.

Inhaltsverzeichnis

I.	Abbildungsverzeichnis.....	III
II.	Abkürzungsverzeichnis	IV
1.	Einleitung	1
2.	Verschuldung in Österreich.....	3
3.	Ursachen und Rahmenbedingungen der Verschuldung von 16 - 25-jährigen	11
3.1	<i>Jugend</i>.....	11
3.1.1	Jugend aus allgemeiner Sicht	11
3.1.2	Jugend aus psychologischer Sicht	12
3.1.3	Jugend aus soziologischer Sicht	12
3.1.4	Jugend aus wirtschaftlicher Sicht	12
3.2	<i>Verfügung über Kaufkraft</i>.....	13
3.3	<i>Konsumausgaben von Jugendlichen</i>	15
3.4	<i>Kaufsucht bei Jugendlichen</i>	16
3.5	<i>Jugend und Geld</i>.....	17
4.	Aktuelle Daten zur Verschuldung der Jugendlichen.....	18
4.1	<i>Einstieg in die Schuldenfalle</i>.....	19
4.2	<i>Die gefährlichsten Schuldenfallen</i>.....	20
4.2.1	Shopping	20
4.2.2	Das Handy	21
4.2.3	Die Bankomatkarte	22
5.	Geschäftsfähigkeit Jugendlicher	23
5.1	<i>Allgemeines</i>	23
5.2	<i>Altersgrenzen bei Jugendlichen</i>	23
5.3	<i>Jugendliche und Bankgeschäfte</i>	28
5.3.1	Das Girokonto	28
5.3.2	Die Bankomatkarte	30
5.3.3	Kredit und Bürgschaft	32
5.3.4	Leasing	34
5.3.5	Haftung der Eltern	34
6.	Von den Schulden zur Pfändung.....	35
6.1	<i>Der Zahlungsverzug</i>	36
6.2	<i>Das Inkassobüro</i>	39
6.3	<i>Der Zahlungsbefehl</i>	42
6.4	<i>Der Exekutor</i>.....	43
6.5	<i>Die Exszindierungsklage</i>	45
6.6	<i>Das Existenzminimum</i>.....	46
6.7	<i>Umschuldung als Lösung</i>	47

7. Insolvenzprävention	49
<i>7.1 Insolvenzprävention in der Familie</i>	<i>49</i>
<i>7.2 Taschengeld als Mittel zur Finanzerziehung.....</i>	<i>49</i>
<i>7.3 Insolvenzprävention an Schulen</i>	<i>50</i>
<i>7.4 Insolvenzprävention im Bankensektor.....</i>	<i>50</i>
7.4.1 Definition.....	50
7.4.2 Allgemeines	51
7.4.3 Anzeichen einer möglichen Insolvenz.....	51
7.4.4 Sorgfaltspflicht	52
7.4.5 Maßnahmen bei Insolvenzanzeichen.....	53
<i>7.5 Fallbeispiel einer Kreditaufnahme.....</i>	<i>55</i>
8. Schuldnerberatung.....	59
<i>8.1 Allgemeines</i>	<i>59</i>
<i>8.2 Rechtliche Schuldnerberatung.....</i>	<i>61</i>
<i>8.3 Wirtschaftliche Schuldnerberatung</i>	<i>62</i>
<i>8.4 Psychosoziale Schuldnerberatung.....</i>	<i>62</i>
<i>8.5 Präventive Schuldnerberatung.....</i>	<i>62</i>
9. Privatinsolvenz.....	63
<i>9.1 Allgemeines</i>	<i>63</i>
<i>9.2 Außergerichtlicher Ausgleich.....</i>	<i>63</i>
<i>9.3 Schuldenregulierungsverfahren.....</i>	<i>64</i>
9.3.1 Sanierungsplan	65
9.3.2 Zahlungsplan	65
9.3.3 Abschöpfungsverfahren mit Restschuldbefreiung.....	66
10. Resümee.....	68
III. Literaturverzeichnis.....	V
IV. Erklärung zur selbständigen Anfertigung der Arbeit.....	IX

I. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Höhe der Schulden nach Gläubigern.....	6
Abbildung 2: Anzahl unterstützte Personen der Schuldnerberatungen.....	7
Abbildung 3: Anzahl der Erstkontakte an Schuldnerberatungsstellen.....	7
Abbildung 4: SchuldnerInnen nach Ausbildung	8
Abbildung 5: SchuldnerInnen nach Einkommen.....	9
Abbildung 6: SchuldnerInnen nach Arbeitssituation	10
Abbildung 7: Von den Schulden zur Pfändung	35

II. Abkürzungsverzeichnis

ABGB	Allgemein Bürgerliches Gesetzbuch
AKV	Alpenländischer Kreditorenverband
AMS	Arbeitsmarktservice
ASB	Dachorganisation Schuldnerberatung
BGBL	Bundesgesetzblatt
bzw.	beziehungsweise
CD	Compact Disk
d.h.	das heißt
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EO	Exekutionsordnung
EUR	Euro
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
KFZ	Kraftfahrzeug
KO	Konkursordnung
KSV	Kreditorenverband 1870
SMS	Short Message Service
SRV	Schuldenregulierungsverfahren
usw.	und so weiter
z.B.	zum Beispiel

1. Einleitung

Aufgrund meiner kaufmännischen Ausbildung (Einzelhandelskaufmann), bei welcher ich im Praxisbereich in einer Bank tätig war, habe ich für meine Diplomarbeit das Thema der Jugendverschuldung gewählt. Es war für mich schon damals sehr interessant zu sehen, wie viele Jugendliche Zahlungsschwierigkeiten haben. Da ich zum Glück dieses Problem durch eine gute Finanzerziehung seitens meiner Eltern nie hatte, war es für mich trotzdem wichtig zu erfahren, wie es zu diesen Problemen kommt.

Immer häufiger hört oder liest man in Österreichs Medien von dem Phänomen der Jugendverschuldung. Beginnt man damit, sich näher mit diesem Thema zu beschäftigen, kann bestätigt werden, dass es sich hierbei nicht nur um ein „schlechtes“ Gerücht handelt.

Woran liegt es, dass die österreichische Jugend offensichtlich nicht mehr mit Geld umgehen kann? *„Warum ist am Ende des Geldes noch so viel Monat übrig?“*

Es ist leicht, den Banken dafür die Schuld zu geben, aber es beginnt schon in der fehlenden Strenge der Finanzerziehung im Elternhaus. Der Handyboom, Kaufräusche, aggressive Werbung und die vielschichtigen Möglichkeiten Schulden zu machen führen unsere Jugendlichen immer mehr in Versuchung, *„Voll im Soll“* ins Erwachsenenleben zu starten. Es gibt somit einen Faktorencocktail, der sich schädlich auf unsere Jugendlichen auswirkt. Einem Faktor alleine die Schuld zu geben wäre völlig falsch. Es ist wohl eine Mischung aus der verstärkten Möglichkeit Kredite zu bekommen, gepaart mit dem Wunsch immer das Beste und Teuerste zu besitzen, die alles so günstig erscheinen lässt.

Es war für Jugendliche, und auch für Erwachsene, noch nie so einfach wie heute Schulden zu machen. Die Verführung, die Bankomatkarte bis ans Letzte auszureizen ist groß. Es ist nicht schwer einen Kredit zu bekommen. Sei es bei der Hausbank, bei „Kredithaien“ (privater Geldgeber mit unseriösen Geschäftsmethoden), oder auch Versandhäusern. Bei jedem Autokauf kann man heute die Finanzierung mitkaufen.

Fest steht, dass die häufigsten Anschaffungen, für die sich Jugendliche in Schulden stürzen, Shopping, der Führerschein, das Auto, eine eigene Mietwohnung und nicht zuletzt der unachtsame Gebrauch von Handy und Bankomatkarte sind.

Doch fast all diese Dinge mussten sich schon damals die Eltern der heutigen Jugend leisten, ohne einen so hohen Schuldenberg zu hinterlassen. Das alleine kann noch kein Grund sein, dass so viele Jugendliche verschuldet bzw. überschuldet sind.

Diese Diplomarbeit setzt sich daher mit dem Thema Jugendverschuldung auseinander. Ein großer Teil wird sich auch mit Schuldnerberatung befassen und Ansatzpunkte zur Schuldenprävention liefern.

Ziel dieser Arbeit ist es:

- 1) die Verschuldungssituation in Österreich allgemein und speziell bei Jugendlichen aufzuzeigen
- 2) nach Ursachen der Jugendverschuldung zu suchen und aktuelle Trends und Daten einfließen zu lassen
- 3) die Geschäftsfähigkeit Jugendlicher allgemein und auf Bankgeschäfte bezogen zu analysieren
- 4) Tipps zur Schuldenprävention zu geben
- 5) Auswege aus der Schuldenfalle aufzuzeigen und Schuldnerberatungsstellen vorzustellen

Die ständig steigende Verschuldung der Jugendlichen mit der damit verbundenen sozialen Verelendung rechtfertigt die Bearbeitung dieser Thematik.

2. Verschuldung in Österreich

In Österreich ist im Gegensatz zu anderen Ländern Geld ein Tabuthema. Niemand spricht gerne darüber, was er verdient, oder wie viel er am Sparguthaben hat. Noch unliebsamer ist es Herrn und Frau Österreicher über Schulden zu sprechen.

Tatsache ist, dass immer mehr Menschen in Österreich in die Schuldenfalle stürzen, und sich selbst nicht mehr daraus befreien können. Am Anfang wendet man sich an seine Hausbank, wenn von ihr kein Geld mehr zu haben ist, ist der nächste Weg zu einem „Kredithai“, und wenn auch dieser sein Geld zurückverlangt, bleibt nur mehr der Weg zur Schuldnerberatung. Logische Konsequenz ist ein immenser Andrang an den Schuldnerberatungsstellen. Dort kann ein enormer Zuwachs an Hilfesuchenden verzeichnet werden.

In erster Linie unterscheidet man Verschuldung und Überschuldung. Man spricht von Verschuldung, sobald man eine Zahlungsverpflichtung eingeht. Überschuldung hingegen bedeutet, dass es dem Schuldner nicht mehr möglich ist, den Zahlungsverpflichtungen nach zu kommen. Überschuldung ohne Verschuldung ist zwangsläufig nicht möglich.¹ Der Übergang einer Verschuldung zu einer Überschuldung ist fließend und wird oft zu spät erkannt.

Laut Schätzungen des AKV (Alpenländischer Kreditorenverband), haben in Österreich 250.000 bis 270.000 Haushalte Zahlungsprobleme und können ihre Kredite nicht ordnungsgemäß bedienen.² Von einer ähnlichen Zahl der verschuldeten Haushalte in Österreich geht auch Herr Hans-Georg Kantner, Chef des KSV (Kreditschutzverband 1870) aus. Im Jahr 2010 wurden in Österreich 740.000 Forderungsexekutionen (Lohnpfändungen) und knapp 896.000 Fahrnisexekutionen (Exekution auf bewegliches Vermögen) beantragt. Es handelt sich somit nicht um Einzelschicksale, sondern um ein Thema von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung.³

¹ Vgl. Leinweber, Rudolf, Verbraucherverschuldung als Rechtsproblem, Wien, 1995, S 2.

² Vgl. o. V., Privatkonkurs, Kleine Zeitung, Seite 38, Ausgabe vom 07. Mai 2011.

³ Vgl. o. V. Pfändungen und Exekutionen, Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2010, http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_FS11_Pfaendungen_Exekutionen.pdf.

Lang mitgeschleppte Altschulden, über Monate nicht bezahlte Rechnungen, aufsummiert mit Mahngebühren und dann noch z.B. eine Autoreparatur sind meist der Auslöser, das ewige „*Dahinwurschteln*“ und ständige „*Löcher-auf-Löcher-zu-Verfahren*“ zu beenden. Erst dann wendet man sich an die Schuldnerberatung.

Der letzte Ausweg, zu dem vor allem die Schuldnerberatungsstellen raten, ist dann oft nur mehr der Privatkonkurs. Allein im ersten Quartal 2010 gab es in Österreich 2.245 Privatkonkurse. Vergleicht man diesen Wert mit dem ersten Quartal 2011, hier waren es 2.412 Privatkonkurse, ergibt das ein plus von 7,4%. Vergleicht man die geschätzten Verbindlichkeiten der jeweils ersten Quartale 2010 (€ 259 Mio.) und 2011 (€ 296 Mio.), ist ein plus von 14,3 % zu verzeichnen.⁴ Diese Zahlen sprechen für sich und müssen Anlass dafür sein, die Alarmglocken läuten zu lassen.

Die Einkommensverhältnisse und der Umgang der Menschen mit Geld sind sehr unterschiedlich. Geldknappheit und Geldmangel führen oft zum Gefühl von mangelnder Lebensqualität. Der Grat zwischen Einkommen und Auskommen ist oft schmal. Häufige Ursachen der Überschuldungen sind unvorhersehbare Ereignisse wie Krankheit, Arbeitslosigkeit, Scheidungen oder beispielsweise zu zahlende Beträge aus Bürgschaften, etc.. Wie eingangs erwähnt, ist es nicht einfach die wahren Gründe für den finanziellen Abstieg zu ermitteln, da Schulden bekannter Weise „*keine Masche*“ tragen, die darauf schließen lässt, dass z.B. € 2.000,- aus Reparaturkosten stammen, oder € 5.000,- durch Eigenheimschaffung entstanden sind. „*Steter Tropfen höhlt den Stein*“ und die tatsächlichen Ursachen verschwimmen ineinander.

⁴ Vgl. Kantner, Hans-Georg, Insolvenzzstatistik, Kreditschutzverband 1870, Wien, 2010, http://www.ksv.at/KSV/1870/de/5presse/3statistiken/1insolvenzen/2011-04/insstatistikq1_2011/index.html.

In der heutigen Gesellschaft ist es durchaus üblich geworden, dass der Konsum zuerst getätigt wird, und danach die Bezahlung erfolgen kann bzw. erfolgen muss. Dies trägt oft dazu bei, dass ungewollt die erste Kontoüberziehung erfolgt. Man könnte überspitzt sagen, dass dieses Konsumverhalten eine klassische Einstiegsmöglichkeit in eine spätere Schuldnerkarriere ist.

Als tatsächliche Ursache für die finanziellen Probleme vieler Personen sind meist mehrere Gründe verantwortlich. Dabei spielen individuelle als auch strukturelle Faktoren eine Rolle.

Die Hauptgründe für die Ver- und Überschuldung sind:

- Fehlende finanzielle Allgemeinbildung / Umgang mit Geld
- Mangelnde Budgetplanung
- Bargeldloser Einkauf / Konsumverhalten
- Geringes Haushaltseinkommen
- Einkommensverschlechterungen bzw. -schwankungen
- Arbeitslosigkeit
- Selbständige Tätigkeit
- Wohnungskauf / Hausbau bzw. Hausausstattung
- Autokauf / Leasing
- Scheidung / Trennung
- Bürgschaft / Mithaftung
- Psychische Probleme
- Unvorhergesehene Ereignisse
- Unfall / Krankheit / Todesfall
- Hohe Lebenserhaltungskosten (Lebensmittel, Versicherungen, usw.)
- Unterhaltsverpflichtungen
- Hohe Wohnungskosten
- Sucht
- Strafbare Handlungen / Kriminalität
- Nicht leistbare Freizeitbeschäftigungen / Urlaub

Eine interessante Aufstellung ist auch die Schuldenhöhe nach Gläubigern. Der Großteil der Ver- bzw. Überschuldeten hat immer eine ganze Reihe an Gläubigern. Jedoch zeigt sich, dass die Gruppe der Kreditinstitute und Banken den höchsten Durchschnittswert an Forderungen gegenüber Klienten der Schuldnerberatungen haben. Damit sind die Banken seit Jahren Spitzenreiter als Gläubiger.



Abbildung 1: Höhe der Schulden nach Gläubigern⁵

Laut Statistik liegt die Durchschnittverschuldung der Personen, die im Jahr 2010 eine Schuldnerberatung aufsuchten, bei € 73.065,--.⁶ Die Medianverschuldung liegt bei € 36.000,--.⁷ Die Medianverschuldung halbiert die Anzahl der jeweiligen Verschuldungshöhen. D.h. die Hälfte der Verschuldeten hat eine höhere Verschuldung als der Median und die andere Hälfte hat eine niedrigere Verschuldung.

Auch hat die Anzahl der Hilfesuchenden an den Schuldnerberatungsstellen gewaltig zugenommen. Dies alleine zeigt, dass es sehr wichtig ist, Anlaufstellen für verzweifelte

⁵ Vgl. Grohs, Hans W., Schuldenreport 2010, ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2010, http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_schuldenreport_2010_END.pdf.

⁶ Vgl. Kemmetmüller, Maria, Schuldenreport 2011, ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2011, http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_schuldenreport_2011_end.pdf.

⁷ Wenn man eine Liste der Größe nach ordnet, so heißt bei einer ungeraden Anzahl der Wert, der in der Mitte steht, Median. Bei einer geraden Anzahl von Werten bezeichnet man das arithmetische Mittel der in beiden in der Mitte stehenden Werte als Median.

te Personen zu haben, um die Finanzprobleme derer in den Griff zu bekommen. Anbei eine kurze Übersicht darüber, wie viele Personen in den letzten Jahren Unterstützung von den Schuldnerberatungen erhalten haben.

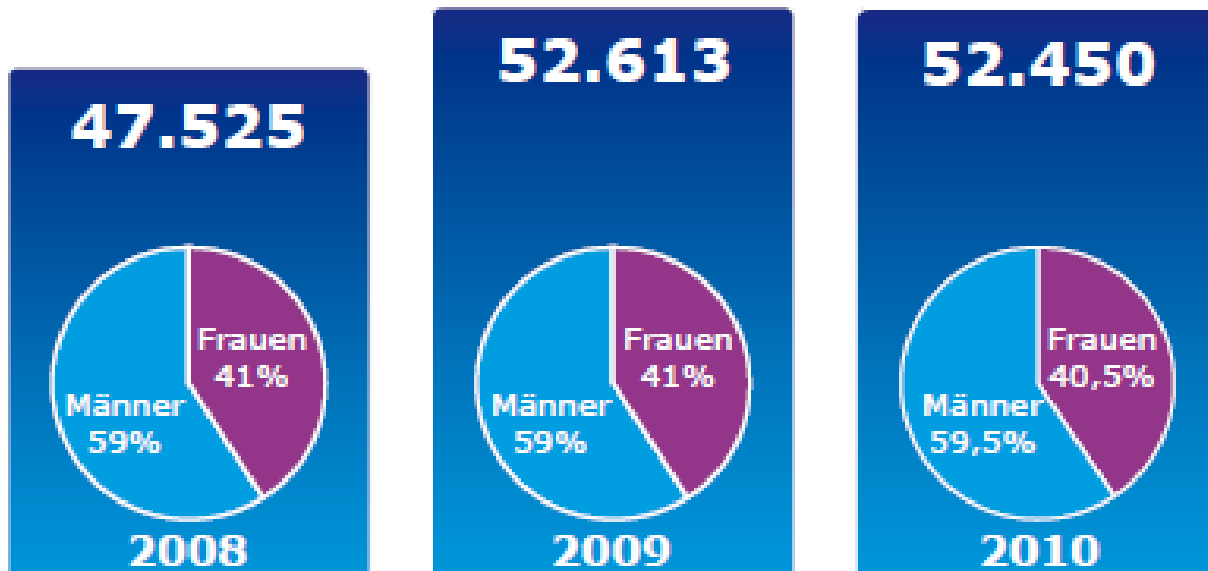


Abbildung 2: Anzahl unterstützte Personen der Schuldnerberatungen⁸

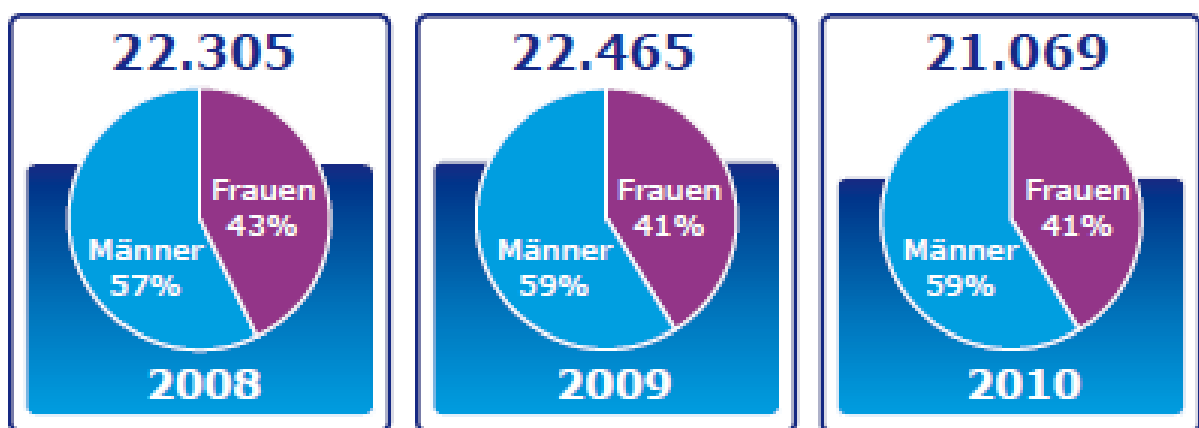


Abbildung 3: Anzahl der Erstkontakte an Schuldnerberatungsstellen⁹

⁸ Vgl. Kemmettmüller, Maria, Schuldenreport 2011, ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2011, http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_schuldenreport_2011_end.pdf.

⁹ Ebda.

Personen mit geringerer Schulbildung kontaktieren häufiger eine Schuldnerberatung. Die Pflichtschule als höchste Ausbildung haben 35,5% abgeschlossen. Mehr als die Hälfte der Klienten der Schuldenberatungen kann als höchste Ausbildung einen Lehrabschluss bzw. eine berufsbildende Fachschule vorweisen (55,1%). Fast 7% verfügen über Matura als höchste Ausbildung, 2,6% haben eine Ausbildung über Maturaniveau bzw. ein Studium abgeschlossen.

In der österreichischen Bevölkerung weicht der schulische Bildungsstand ein wenig ab, sodass eindeutig erkannt werden kann, dass die Ausbildung der potenziellen Schuldner eine Rolle spielt. Es haben 25,7% die Pflichtschule absolviert; 48,4% einen Lehrabschluss bzw. eine berufsbildende Schule besucht. Österreichweit haben 14,5% Matura, eine Ausbildung über diesem Niveau haben 11,4% abgeschlossen.

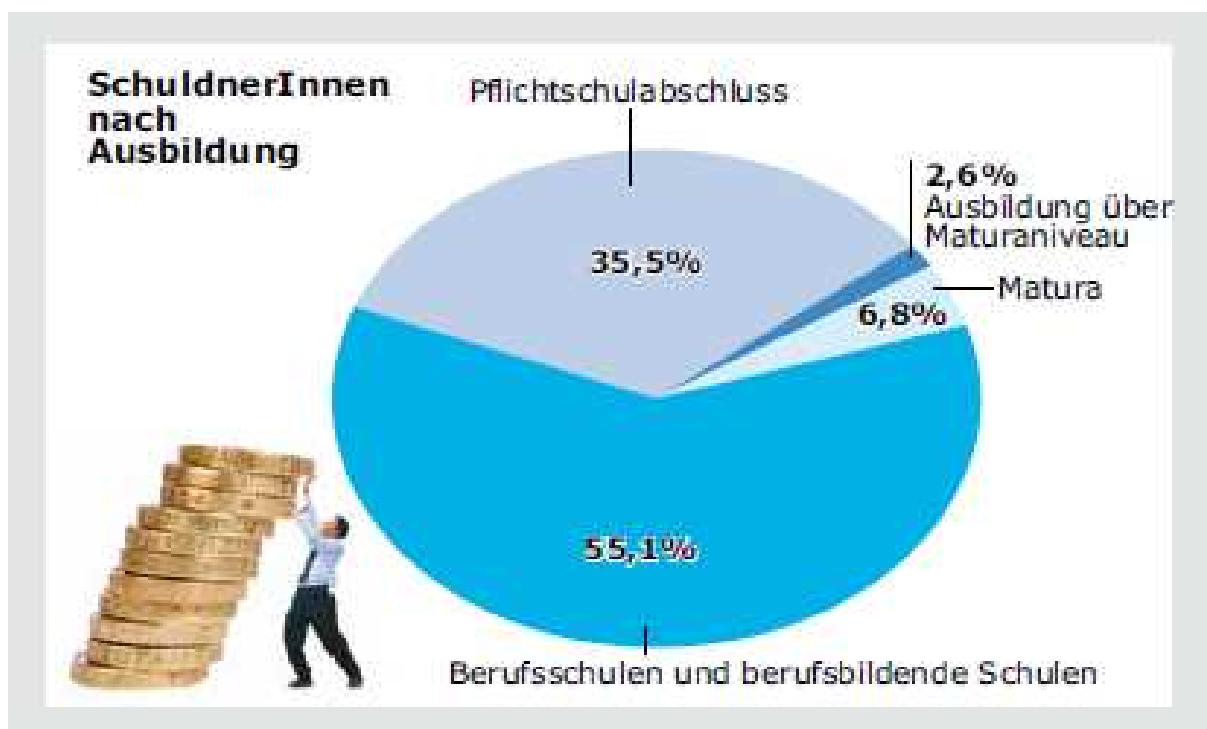


Abbildung 4: SchuldnerInnen nach Ausbildung¹⁰

¹⁰ Ebda.

Im Vergleich mit dem Bevölkerungsdurchschnitt haben Klienten der Schuldenberatungen monatlich deutlich weniger Einkommen zur Verfügung. Der Grundbetrag des (nicht exekutierbaren) Existenzminimums liegt 2011 bei € 793,40.¹¹ Rund ein Viertel der Klienten der Schuldenberatungen verdient weniger als das Existenzminimum, wodurch sich eine Schuldensanierung schwierig gestaltet.

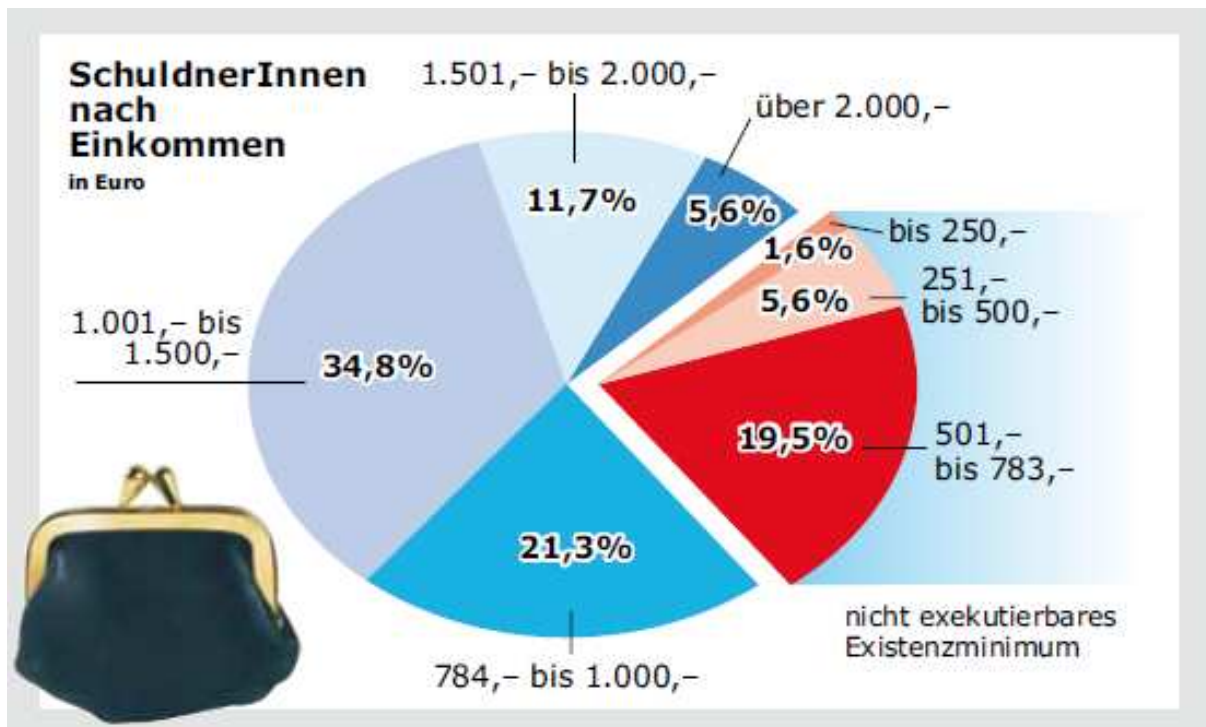


Abbildung 5: SchuldnerInnen nach Einkommen¹²

¹¹ Vgl. o. V., Existenzminimum 2011, Ehe- und Familienrecht Online, Stand 15.12.2010, <http://www.weka.at/familienrecht/ehe/unterhalt/news/neue-werte-zur-ermittlung-des-existenzminimums-2011/29006/?l=1>.

¹² Vgl. Kemmettmüller, Maria, Schuldenreport 2011, ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2011, http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_schuldenreport_2011_end.pdf.

Arbeitslose (37,7%) sind in der Schuldenberatung mehr als zehn Mal häufiger vertreten als in der Gesamtbevölkerung (3,4%). Somit kann eindeutig gesagt werden, dass ein großer Teil der Hilfesuchenden im Kreis der Arbeitslosen zu finden ist. Etwas weniger als die Hälfte der Klienten der Schuldenberatungen (47%) ist erwerbstätig. Dies ist verglichen zu der Gesamtbevölkerung Österreichs ein kleiner Wert (71,7%).¹³ Somit sind Erwerbstätige weniger gefährdet, in ein Schuldenschlamassel zu kommen.¹⁴

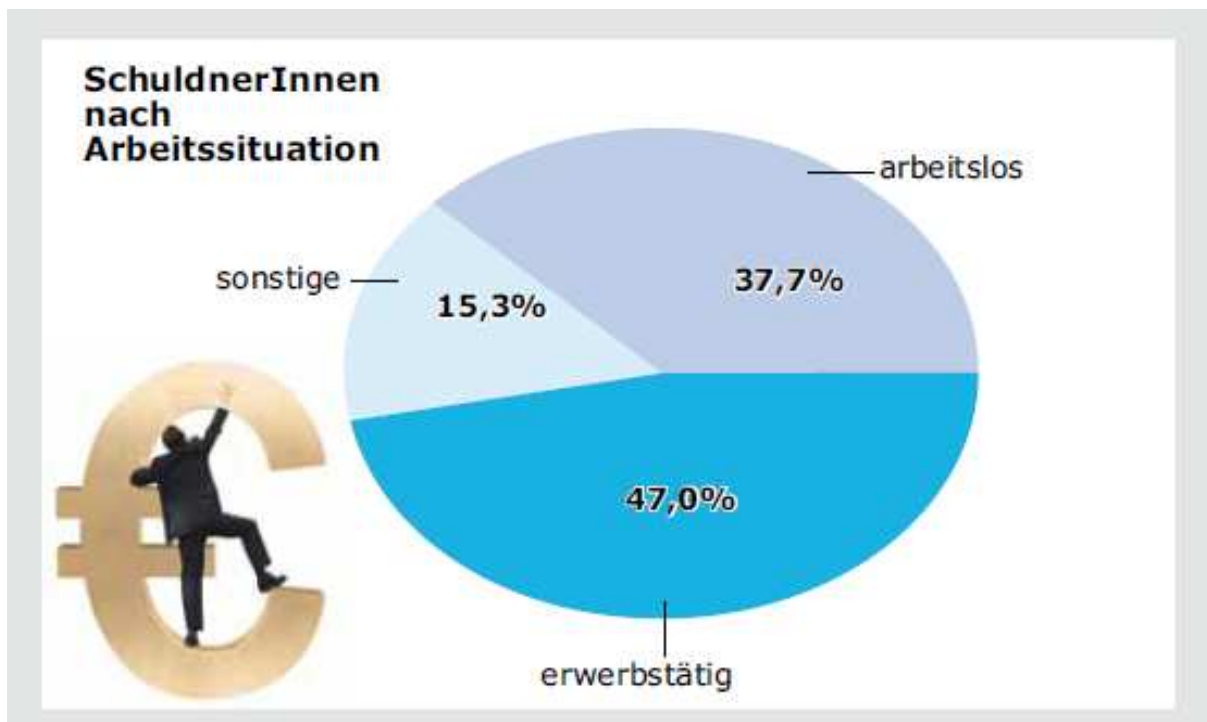


Abbildung 6: SchuldnerInnen nach Arbeitssituation¹⁵

¹³ Vgl. o. V., Arbeitsmarktstatistik – Jahresergebnisse 2010, Statistik Austria: Bevölkerung nach dem Erwerbsstatus und Geschlecht, zur Berechnung herangezogene Altersbandbreite: 15 bis 64 Jahre, 2010.

¹⁴ Vgl. Kemmettmüller, Maria, Schuldenreport 2011, ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2011, http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_schuldenreport_2011_end.pdf.

¹⁵ Ebda.

3. Ursachen und Rahmenbedingungen der Verschuldung von 16 - 25-jährigen

3.1 Jugend

Jugend beschreibt eine Lebensphase, die aus psychologischer, soziologischer und wirtschaftlicher Sicht betrachtet werden kann.

Die Tatsache, dass immer mehr Jugendliche verschuldet sind, führt zwangsläufig dazu, dass man sich über die Ursachen und Rahmenbedingungen der Jugendverschuldung Gedanken machen muss. Schuldenprävention ist vor allem im Alter zwischen 14 und 25 Jahren wichtig, da viele der verschuldeten Erwachsenen bereits im Jugendalter mit dem Schuldenaufbau beginnen bzw. begonnen haben.

3.1.1 Jugend aus allgemeiner Sicht

Die allgemeine Bezeichnung für Jugend ist die eines Lebensabschnittes, der für alle Lebewesen, besonders jedoch für den Menschen typisch und zeitlich begrenzt ist. Sie ist im Allgemeinen mit der Reifezeit identisch und beginnt mit dem Einsetzen der Pubertät und endet mit der Ausreifung der Persönlichkeit (eine Begrenzung die allerdings nur selten eindeutig ist). Darüber hinaus bezeichnet Jugend auch eine Lebensphase, die durch Erlebnisreichtum, Spannkraft, Wandlungsfähigkeit und auch Unsicherheit gekennzeichnet ist. Es ist eine Lebensphase in der Dummheiten „cool“ sind und vermehrt auftreten, die aber den Grundstein für das weitere Leben legen können.¹⁶

¹⁶ Vgl. o. V., Lexikon-Institut-Bertelsmann, Das moderne Lexikon, Band 9, Gütersloh, 1979, S 184.

3.1.2 Jugend aus psychologischer Sicht¹⁷

Es handelt sich um die Herausbildung der Identität. Die eigene Persönlichkeit wird gebildet und entwickelt sich. Ab dem Einsetzen der Pubertät findet der Übergang vom Kind zum Jugendlichen statt. Der Prozess der organischen und körperlichen Reife wird begleitet von einem Herauslösen aus der Familie und einer Bildung und Festigung der eigenen Werthaltung. Erste Beziehungen werden eingegangen und die Entfaltung der Sexualität steht im Mittelpunkt des jugendlichen Lebens.

3.1.3 Jugend aus soziologischer Sicht¹⁸

Hierbei geht es vor allem um die Entwicklung sozialer Rollen und die Übernahme gesellschaftlicher Funktionen (Eintritt ins Berufsleben, etc.). Sehr wichtig sind für diese Entwicklung die so genannten „*Peergroups*“, (Gruppe von Gleichaltrigen bzw. Gruppe von Gleichgestellten) in denen die Jugendlichen unterschiedliche Rollen und Funktionen übernehmen können und damit Erfahrungen sammeln. Mit Gleichaltrigen (in einer „*Clique*“) versucht man sich von Kindern und Erwachsenen durch eigene Musikrichtungen, Kleidungen und Freizeitvorlieben abzugrenzen, und seinen eigenen Stil zu entwickeln.

3.1.4 Jugend aus wirtschaftlicher Sicht

Grundsätzlich sind Jugendliche noch von Eltern und Familie abhängig, schaffen aber im Normalfall Schritt für Schritt den Übergang in die wirtschaftliche Selbständigkeit. Durch die Verlängerung der Zeiten schulischer Bildung, beruflicher Ausbildung und vermehrten universitären Bildungswegen, etc. kommt es zu einer Verlängerung der materiellen Abhängigkeit bei Jugendlichen. Seit langem jedoch weiß man von der Kaufkraft der Jugendlichen, die vermehrt mehr Geld zur Verfügung haben und dieses eigenständig verwerten. Mittlerweile hat sich ein wachsender Jugendmarkt konstituiert, der von der Wirtschaft heiß umkämpft ist.

¹⁷ Vgl. Todt, Eberhard., Psychologie und Soziologie des Jugendalters, 2005, http://www.uni-giessen.de/~g655/Start_Jugendalter.htm.

¹⁸ Ebda.

Vor allem Banken bemühen sich verstärkt um Jugendkonten. Sie locken mit kostenloser Kontoführung, kostenloser Bankomatkarte und Vergünstigungen bei Kinobesuchen oder in angesagten Geschäften und Lokalitäten. Kurzzeitig wuchsen Jugendbanken wie Pilze aus dem Boden um die Gunst der Jugend zu erhalten, jedoch kam es aus Rentabilitätsgründen bereits vor einigen Jahren zu einer Trendumkehr.

Eine Tendenz ist das Verlängern der Jugendzeit. Die Kindheit wird verkürzt und das Erwachsen sein hinausgezogen. Die Jugend ist ein Phänomen der Neuzeit und der Begriff tauchte erstmals im Zeitalter der Romantik und der Renaissance auf.¹⁹

3.2 Verfügung über Kaufkraft

Der Großteil der Jugendlichen verfügt bis zu seinem 15. Lebensjahr (Ende der Pflichtschule) über einen bescheidenen Etat, der sich vor allem aus Zuwendungen der Eltern (meist in Form von Taschengeld), und Sponsorgeldern anderer Verwandten und Bekannten zusammen setzt. Ihr durchschnittliches Einkommen steigt dann mit dem Eintritt ins Berufsleben oder in eine höhere Schule sprunghaft an. Ein besonderes Kennzeichen ist, dass fast alle Jugendlichen über dieses Geld frei verfügen können, und es entsprechend ihren Wünschen individuell einsetzen können. Wie das Geld ausgegeben wird, hängt von der Form der persönlichen Selbstverwirklichung ab.²⁰

Da das Taschengeld der Eltern (oder die geringe Lehrlingsentschädigung) oftmals nicht ausreicht, beginnen bereits viele Jugendliche in jungen Jahren neben dem Schulbesuch zu arbeiten. Allein die Kaufkraft der Lehrlinge ist sehr hoch und somit nicht vom Markt wegzudenken. So waren Österreichweit, zum Stichtag 31.12.2010, 129.899 Lehrlinge in Ausbildung.²¹

¹⁹ Vgl. o. V., Lexikon-Institut-Bertelsmann, Das moderne Lexikon, Band 9, Gütersloh, 1979, S 184.

²⁰ Vgl. Lange, E., Jugend – Konsum; Konsummuster, Freizeitverhalten, soziale Milieus, Opladen, 1991, S 8.

²¹ Vgl. o. V., Lehrlingsstatistik, Wirtschaftskammer Österreich, Wien, 2010, Stichtag 31.12.2010, <http://wko.at/statistik/jahrbuch/Lehrling2.pdf>.

Der Anteil der jobbenden Schüler ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen, um die für ihre spezifischen Bedürfnisse verfügbaren Geldmittel aufzustocken bzw. ihren Lebensunterhalt zu verbessern. Um eben diesen Lebensstandard zu erhöhen, nehmen Jugendliche sehr hohe Strapazen auf sich. Aus einer Umfrage von 2010 in Österreich geht hervor, dass 73% der befragten Jugendlichen bereits einen bezahlten Nebenjob während der Schulzeit ausgeübt haben. Dieser sehr hohe Prozentsatz kann durchaus sehr positiv gesehen werden, da es für die Entwicklung der Jugendlichen sehr wichtig ist. Sie lernen damit, dass Geld nicht vom Himmel fällt, und sehr schwer verdient werden muss.

Als Motiv für diese Entwicklung ist eine Kombination aus ökonomischen Motiven und jugendspezifischen Konsumpräferenzen zu vermuten. Beispielsweise:

- Sozialer Druck, ausgelöst durch die „*Clique*“ in Form von Markenkleidung, Unternehmungen, Discobesuchen, etc. bringt Jugendliche dazu, in ihrer schulfreien Zeit eine Doppelbelastung in Form eines Nebenjobs auf sich zu nehmen.
- Die steigende Familienarmut ist ein weiterer Grund diese Belastung auf sich zu nehmen.

3.3 Konsumausgaben von Jugendlichen²²

Die Ausgaben der Jugendlichen verteilen sich ungleich auf verschiedene Untergruppen. Elmar Lange unterscheidet drei unterschiedliche Konsumverhaltensweisen und Jugendlichengruppen, welche für Verschuldung sehr anfällig sind.

Weibliche Jugendliche mit geringem Einkommen

Ihre Präferenz liegt bei Ausgaben für das persönliche Aussehen. Sie orientieren sich dabei an Marken und Firmen, wenig an Preisen oder dem Preisleistungsverhalten. In dieser Untergruppe findet sich auch die Tendenz zur Kaufsucht sehr stark wieder.

Weibliche Jugendliche mit höherer Schulbildung

Sie geben ihr Geld gerne für Bildung und Kultur aus. Die Höhe des Betrags steigt, je höher die schulische Ausbildung und das Einkommen sind, und je älter die Jugendlichen werden. Das Streben der Jugendlichen nach Selbstverwirklichung findet man besonders bei Jugendlichen, die aus sozial, politisch und ökologisch orientierten Elternhäusern stammen.

Ältere männliche Jugendliche

Sie investieren ihr Einkommen vorzugsweise in Alkohol, Zigaretten und diversen Lokalitäten. Man findet hier ein Bestreben der Jugendlichen Güter bestimmter Marken und Firmen zu kaufen, die gerade „in“ sind, als extravagant gelten, und mit denen man Eindruck erwecken kann. Diese Jugendlichen weisen eine geringe Leistungsbereitschaft sowie eine Tendenz zur Kaufsucht auf.

²² Vgl. Lange, E., Jugend – Konsum; Konsummuster, Freizeitverhalten, soziale Milieus, Opladen, 1991, S 67.

Hitliste der Konsumgüterausgaben

Ganz oben rangieren:

- Kleidung
- Diskothekenbesuche / Alkohol / Zigaretten
- Kinobesuche
- Süßigkeiten / Kosmetik
- Internetdownloads / Handy
- Drogen
- Fahrzeuge
- Geschenke / Bücher

3.4 Kaufsucht bei Jugendlichen

Im Vordergrund steht nicht das erworbene Gut bzw. die gekaufte Dienstleistung, sondern der unwiderstehliche Drang, aus eigenem Bedürfnis etwas kaufen zu müssen.²³ Meist stehen dahinter Probleme in anderen Bereichen des Lebens.

Ursachen können sein, dass Jugendliche in der gewünschten sozialen Gruppe nicht akzeptiert werden, Misserfolgserfahrungen an der Schule oder aber auch das Gefühl, von den eigenen Angehörigen nicht „genug“ geliebt zu werden. Weiters sind kaufsuchtgefährdete Jugendliche sehr stark von der Werbung beeinflussbar. Soziale Frustration schwächt das Selbstwertgefühl, welches durch den Kaufakt kompensiert werden soll.²⁴

Weibliche Jugendliche sind stärker von der Kaufsucht bedroht als männliche Jugendliche.

²³ Vgl. Kollmann, Karl, Kaufsucht in Österreich, Wien, 2004, S 3.

²⁴ Vgl. Lange, E., Jugend – Konsum; Konsummuster, Freizeitverhalten, soziale Milieus, Opladen, 1991, S 69f.

3.5 Jugend und Geld

Waren in früheren Jahren die Jugendlichen fast ausschließliche Sparer, so haben sich heute andere Formen des Finanzverhaltens etabliert. Bausparverträge sind die am häufigsten verbreitete Form des Jugendsparens. Inzwischen verfügen Jugendliche spätestens ab 14 Jahren über ein eigenes Bankkonto, fallweise mit „*indoor-card*“²⁵ oder Bankomatkarte, wobei die Banken den Jugendlichen zusätzlich bei Bedarf die Möglichkeit einräumen, dieses auch zu überziehen. Die Unterschrift der Eltern wird dazu, wenn es das Gesetz erfordert, eingeholt. Diese Entwicklung begünstigt die Möglichkeit von Jugendlichen auf Kredit zu konsumieren in ähnlicher Art und Weise, wie das Handygeschäft.

Das Wissen über Geld und Kredit ist mit der Entwicklung der Gesellschaft und des modernen Zahlungsverkehrs nicht mit gewachsen. Es ist mittlerweile normal geworden, Schulden zu machen und zu haben. Kann bei Jugendlichen im Alter von etwa 15 Jahren noch eine sehr eingeschränkte Einstellung gegenüber Schulden erkannt werden, verliert diese ihre Wirkung, je größer der Wunsch nach beispielsweise einem eigenen Auto wird. Der Sollsaldo am Konto ist somit vorprogrammiert. Moped, Auto und Führerschein werden bereits häufig auf Kredit finanziert.²⁶

Experten aus Schuldnerberatungen klagen, dass vor allem bei Jugendlichen die Meinung vorherrscht, dass eine Kontoüberziehung nicht mit der Bezeichnung Schulden gleichzusetzen ist. Vielmehr wird die Meinung vertreten, dass ein Kontoüberzug Bankkunden sogar zusteht. Was viele Jugendliche nicht wissen ist, dass das gesetzliche Existenzminimum bei dieser Schuldenform keine Rolle spielt. Banken können den gesamten Lohn- oder Gehaltseingang zur Kontoabdeckung heranziehen. Kontoüberziehungen sind Kreditverbindlichkeiten ohne entsprechenden Schutz der Kunden.

²⁵ Sie ermächtigt die Jugendlichen in jeder zum selben Institut gehörenden Bankstelle im Foyer Geld bis zum vereinbarten Überziehungslimit zu beheben.

²⁶ Vgl. Kollmann, Karl, Kaufsucht in Österreich, Wien, 2004, S 16.

4. Aktuelle Daten zur Verschuldung der Jugendlichen

Die Ratsuchenden, die an den Schuldnerberatungsstellen tagtäglich vorsprechen, werden immer jünger. 18 – 25-jährige junge Menschen gehören zum Alltagsbild in den Schuldenberatungsstellen Österreichs. Waren es vor einigen Jahren noch weit unter zehn Prozent, so gehören heute zwischen zehn und zwanzig Prozent der überschuldeten Klienten in diese Altersgruppe, Tendenz steigend.²⁷ Die Dunkelziffer an überschuldeten Jugendlichen ist entsprechend höher, weil Eltern oder Großeltern oft ihre schützende Hand über die Jugendlichen halten, bzw. ihre Bürgschaften als Sicherheitsnetz dienen.

Obwohl Kinder und Jugendliche auf der einen Seite noch nie so viel Geld wie heute zur freien Verfügung hatten (in Österreich ca. 400 Millionen Euro pro Jahr)²⁸, sind sie andererseits auch so hoch wie nie zuvor verschuldet. Besonders bedenklich ist, dass auch die Hemmschwelle Schulden einzugehen sehr gering ist. Eine Umfrage unter 1.000 Schülern hat ergeben, dass sich der Großteil eher in Schulden stürzen würde, als auf etwas zu verzichten.²⁹

Im Jahr 2010 sprach man von einer Durchschnittverschuldung der Jugendlichen von € 30.000,--.³⁰ So ist beispielsweise in Niederösterreich die Verschuldung junger Menschen unter 25 in den letzten Jahren von 9% auf 15% angestiegen.³¹

Erfahrungsgemäß haben die unter 25-jährigen auch keine Reserven, auf die sie zurückgreifen können. Somit sind unerwartete Ereignisse oft der Auslöser für eine spätere Ver- bzw. Überschuldung.

²⁷ Vgl. Kropf, Peter, Expertenstimme zum Thema Konsum, Bregenz, http://www.eltern-bildung.at/home/schwerpunktthemen/unterthema_detail/expertenstimme/thema/wissenswertes-bunt-gemischt/unterthema/konsum/?expertenid=179&cHash=800cab11cb7f31cabaf464854d48231c.

²⁸ Ebda.

²⁹ Ebda.

³⁰ Vgl. o. V., Wenn sich Jugendliche in Schulden stürzen, Der Standard, 30.06 2010, <http://derstandard.at/1277337089190/Wenn-sich-Jugendliche-in-Schulden-stuerzen>.

³¹ Ebda.

4.1 Einstieg in die Schuldenfalle

Zur Zeit unserer Eltern war es erst möglich sich etwas zu kaufen, wenn man sich etwas angespart hatte. Heute ist es jedoch durchaus gängig zuerst zu konsumieren, und dann erst zu bezahlen.

Die „klassische Einstiegsdroge“ bei Jugendlichen ist heute eindeutig das Handy. Gelockt werden viele Jugendliche mit Handys zum Nulltarif, aber auf Freischaltgebühr, folgende Grundgebühr und Gesprächskosten wird nicht hingewiesen. Es ist von Eltern nahezu verantwortungslos Jugendlichen ein angemeldetes Handy in die Hand zu geben. Handyrechnungen über € 300,-- sind bei Jugendlichen keine Ausnahme. Das Problem dabei ist, dass Schulden in Österreich de facto nie verjähren.

Teure Reisen, neue Kleidung oder die erste eigene Wohnung. Die Gründe, Schulden zu machen, sind mannigfaltig. Nicht zu vergessen sind Ausgaben für ein Moped, ein Auto, den Führerschein. Ein B-Führerschein kostet heute durchschnittlich € 1.500,-- exkl. Nebenkosten wie Prüfungsgebühr, ärztliche Atteste, etc.. Und es gibt kaum Jugendliche die heute auf einen Führerschein oder ein Auto verzichten wollen/können.

In vielen Fällen führen aber auch die eigenen extremen Konsumgewohnheiten zu Schulden. Vielen Jugendlichen ist es nicht bewusst, wie viel Geld sie im Monat mittels Bankomatkarte beheben. Meist sind sie völlig überrascht, wenn man sie mit der Summe konfrontiert, welche behoben wurde, denn diese ist oft höher als das monatliche Einkommen. Das Gefühl fürs Geldausgeben ist dabei bei den meisten Jugendlichen so gut wie gar nicht mehr vorhanden. Hilfe und Beratung suchen viele Betroffene erst, wenn es dafür fast zu spät ist, bzw. wenn von der Bank kein Geld mehr zu bekommen ist. Der Weg aus diesen Situationen ist dann oft sehr hart und steinig.

Das Problem der Jugendverschuldung lässt sich weder auf ein österreichisches Bundesland, noch auf einen Staat beschränken. Detaillierte und gleichzeitig alarmierende Zahlen über die Verschuldung der Jugendlichen liegen beispielsweise auch aus

Deutschland vor. Jugendliche unter 20 Jahren verschulden sich sehr viel stärker, als noch vor fünf Jahren. Laut dem Schuldner-Atlas 2009 von Creditreform, können 128.000 junge Menschen ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Das sind 75.000 Betroffene mehr als noch 2004. Auch die Verschuldung in der Altersgruppe der 20 - 29-jährigen hat zugenommen. In diesem Segment wuchs die Schuldnerzahl gegenüber 2004 um fast eine Viertelmillion (223.000).³²

Es ist leider so, dass das Girokonto mit seiner Überziehungsmöglichkeit, und das Handy gepaart mit dem „Nichtbezahlen“ von Rechnungen oftmals von Verschuldung zu Überschuldung führt. Aber das sind nicht die einzigen Gründe. Es kam in den letzten Jahren auch zu einem Wertewandel der sich dadurch auszeichnet, dass viele Jugendliche unter Glück Geld, Besitz und Erfolg verstehen. Jede Konsumchance muss genutzt werden. Ein Absenken des Standards ist gleichzusetzen mit einem Verlust sozialer Wertschätzung und löst oft Selbstwertkrisen aus.

4.2 Die gefährlichsten Schuldenfallen

4.2.1 Shopping

Shopping ist in unserer Zeit eine der wichtigsten Freizeitbeschäftigungen unserer Jugend geworden. Dabei wird oft übersehen, dass das Gekaufte auch bezahlt werden muss. Das Plastikgeld öffnet hierbei die Tür für scheinbar unbeschränktes Einkaufen. Leider geht dadurch auch sehr oft der Überblick verloren. Einkaufen dient schon längst nicht mehr dazu, Dinge des täglichen Lebens zu besorgen. Oft werden Dinge gekauft, die eigentlich gar nicht gebraucht werden. Aggressive Werbung und Marktstrategien werden gezielt gesetzt, und fordern unsere Jugend auf, sich mal etwas zu gönnen. Regelmäßiges Kontrollieren der Haushaltbudgets und verstehen der Werbung als Information, anstatt als Kaufaufforderung helfen dabei, diese Problematik in den Griff zu bekommen.

³² Vgl. Zwick, Jenni, Jugendliche in der Schuldenfalle – ein Leben im Minus, 2009, http://eltern.t-online.de/jugendliche-in-der-schuldenfalle-ein-leben-im-minus-/id_20456866/index.

4.2.2 Das Handy

Kaum eine Technologie hat in so kurzer Zeit eine so große Verbreitung gefunden wie das Handy. Hinsichtlich der Anzahl der Handybesitzer nimmt Österreich in Europa einen Spitzenplatz ein. Statistisch gesehen besitzen 8 Millionen Österreicher weit über 10 Millionen Handys.³³

Ohne Handy können viele Jugendliche heute fast nicht mehr existieren. Sie werden beinahe zu Außenseitern deklariert, wenn sie sich verabreden wollen und nicht erreichbar sind. Auch „wichtige Informationen“ werden größtenteils nur mehr per SMS versandt. 70% der Jugendlichen besitzen ein Handy. Der Handybesitz steigt mit dem Alter an, sodass 94% der 17-jährigen ein Handy besitzen.³⁴

Durchschnittlich werden pro Monat zwischen € 20,-- und € 50,-- für das Handy ausgegeben. Um Handyrechnungen oder Wertkarten zu bezahlen, werden bereits in jungen Jahren die ersten privaten Schulden gemacht, denn Kommunikation ist den Jugendlichen in diesem Alter mehr als wichtig.

Unter 18 Jahren ist es nur mit Unterschrift der Eltern möglich, ein Vertragshandy zu erwerben. Zusätzlich muss man eine Einzugsermächtigung unterschreiben. Oft der Beginn einer Schuldnerkarriere. Vor allem 18 - 24-jährige sind bei Handyschuldnern stark vertreten. Deshalb bekommen unter 18-jährige meist ein Wertkartenhandy. Hier ist die Gesprächsgebühr zwar höher, die Kostenkontrolle jedoch einfacher. Eltern bezahlen deshalb oft die Handyrechnung oder die Wertkarte, weil sie durch den Gedanken, dass ihre Kinder ständig erreichbar sind, und sich immer melden können, beruhigter sind. Jedoch ist diese Tatsache für den Abnabelungsprozess der Jugendlichen nicht förderlich. Sie hängen bildlich noch an einer anderen Form von Nabelschnur an den Eltern.

³³ Vgl. o. V., Positionspapier der Umweltschuttschaften Österreichs zum Thema Mobilfunk und Gesundheit, 2007, http://www.umweltschuttschaft.gv.at/stellungnahmen/mobilfunk_position.pdf.

³⁴ Vgl. Lange, Elmar, Fries, Karin R., Jugend und Geld 2005, Eine empirische Untersuchung über den Umgang von 10-17-jährigen Kindern und Jugendlichen mit Geld, Münster, 2006, <http://www.kursbuch-schuldenpraevention.de/downloads/studiejugendundgeld2005.pdf>.

4.2.3 Die Bankomatkarte

Die Bankomatkarte ist bei Jugendlichen ein sehr beliebtes Zahlungsmittel. Leider hat diese aber den Nachteil, dass sie sehr oft als Zahlungsmittel mit einem nicht endenden Geldvorrat gesehen wird. Oft verlieren Jugendliche den Überblick über die Finanzlage, und so kommt es dabei zu ungewollten Kontoüberziehungen. Entgegenwirken kann man dadurch, indem nur immer so viel Geld behoben wird, wie gebraucht wird. Denn nicht eingestecktes Geld bzw. eine nicht eingesteckte Karte, ersparen unnötige Ausgaben.

Auch die Kreditkarte ist hier noch zu erwähnen, da diese ähnliche bzw. noch größere Gefahren als die Bankomatkarte mit sich bringt. So waren in Österreich Ende Juni 2009 2,48 Millionen Kreditkarten durch die Kreditinstitute Paylife Bank GmbH, card complete Service Bank, American Express Austria und Air Plus ausgegeben. Dies bedeutet gegenüber Ende 2008 ein Plus von 32.579 Karten (+1,3%). Rund 34 Millionen Mal wurde in den ersten sechs Monaten des Jahres 2009 mit österreichischen Kreditkarten bezahlt.³⁵ Diese Zahlen verdeutlichen, wie wichtig es unserer Gesellschaft ist, flexibel beim Zahlen zu sein. Zweifelsohne ist es praktisch, immer eine Karte für bargeldloses Zahlen bei sich zu haben, jedoch sollten durch Selbstdisziplin keine bösen Überraschungen am Kontoauszug entstehen.

³⁵ Vgl. Thonabauer, Günther, Kreditkarten weiterhin beliebtes Zahlungsmittel, Presseaussendung Österreichische Nationalbank, 2009, http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/ZahlungsmittelundZahlungssysteme/kreditkarten_weiterhin_beliebtes_zahlungsmittel.jsp.

5. Geschäftsfähigkeit Jugendlicher

5.1 Allgemeines

„Geschäftsfähigkeit ist die Fähigkeit, sich selbst durch eigenes rechtsgeschäftliches Handeln zu berechtigen oder zu verpflichten.“³⁶ Dieses Recht hängt grundsätzlich vom Alter ab. Dabei sind 4 Altersstufen zu unterscheiden: Personen unter 7 Jahren (Kinder), Personen zwischen 7 und 14 Jahren (unmündige Minderjährige), Personen zwischen 14 und 18 Jahren (mündige Minderjährige), Personen über 18 Jahre. Letztere haben grundsätzlich die volle Geschäftsfähigkeit. Mit dieser enden die zwischen Eltern und Kindern durch die Minderjährigkeit begründeten Rechte und Pflichten. Die maßgeblichste Konsequenz besteht darin, dass somit ab dem vollendeten 18. Lebensjahr volle Geschäftsfähigkeit eintritt, womit man in der Lage ist, sämtliche Geschäfte auch ohne Zustimmung eines Elternteils wirksam abschließen zu können (Autokauf, Kreditaufnahme, etc.). Diese volle Geschäftsfähigkeit (Handlungs- Delikts- und Geschäftsfähigkeit), kann aufgrund geistiger und psychischer Gesundheit fehlen oder beschränkt sein. Wer das 18. Lebensjahr vollendet hat, weder entmündigt noch dauernd geisteskrank ist, und damit volljährig geworden ist, ist rechtlich gänzlich eigenverantwortlich, das bedeutet, dass damit auch die elterliche Obsorge für die Person endet.

5.2 Altersgrenzen bei Jugendlichen

Grundsätzlich sind Minderjährige nicht geschäftsfähig, jedoch sieht das ABGB³⁷ dem Einkommen von Minderjährigen angepasste Ausnahmen vor. Man spricht dann von eingeschränkter Geschäftsfähigkeit, wenn diese bei Minderjährigen abgestuft nach Altersgrenzen vorliegt. Sie dürfen ohne Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters nur diejenigen Rechtsgeschäfte vornehmen, die ihnen einen rechtlichen Vorteil bringen.

³⁶ Vgl. o. V., Geschäftsfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen, Wirtschaftskammer Österreich, Wien, 2010, http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StID=431297&DstID=0.

³⁷ Vgl. §§ 21, 151, 244, 246, 310, 865 ABGB.

1. Altersgrenze: unter 7 Jahre

Man spricht hier von Kindern³⁸, welche gänzlich geschäftsunfähig sind. Sie dürfen keine Rechtsgeschäfte jeglicher Art eingehen, und ohne Zustimmung der Eltern auch keine Geschenke annehmen. Geschäftsunfähigkeit liegt auch bei dauernd Geisteskranken und bei entmündigten Personen vor.³⁹

Eine Ausnahme, geregelt im ABGB, stellen die so genannten *"Taschengeldgeschäfte"* dar. Kinder unter sieben Jahren können mit ihrem Taschengeld und allem ihnen zur freien Verfügung gestellten Bargeld kleinere Anschaffungen des täglichen Lebens selbst vornehmen, sofern die Bezahlung bar erfolgt. Kinder dürfen somit selbst eine Wurstsemmel, Kinokarte, Straßenbahnkarte oder Süßigkeiten kaufen.⁴⁰ Es ist ihnen aber nicht erlaubt Spielwaren um beispielsweise € 100,-- zu kaufen, oder anschreiben zu lassen. Schließt ein Kind ein Geschäft ab, wodurch es eine Verpflichtung eingeht, ist das Geschäft absolut nichtig. Auch ein Geschäft, dass das Kind nur berechtigt und zudem für das Kind außerordentlich günstig ist, ist ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten nichtig.

2. Altersgrenze: 7 -14 Jahre

Unmündige Minderjährige sind nur sehr eingeschränkt geschäftsfähig. Sie dürfen bereits geringfügige Rechtsgeschäfte eingehen. Jedoch muss sich das Rechtsgeschäft im Rahmen der üblicherweise von anderen Altersgenossen eingegangenen Geschäften bewegen. Dazu zählt das bereits erwähnte *„Taschengeldgeschäft“* sowie die Annahme von Geschenken, die nicht mit Belastungen oder Verpflichtungen verbunden ist. Beispielsweise der Kauf eines Fahrrades bedarf der Zustimmung eines Erziehungsberechtigten, um rechtsgültig zu sein.

³⁸ Begriffsbestimmungen im ABGB enthalten.

³⁹ Vgl. Koziol, H., Welser, R., Bürgerliches Recht I, Wien, 2000 S 50f.

⁴⁰ Vgl. o. V., Geschäftsfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen, Wirtschaftskammer Österreich, Wien, 2010, http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StID=431297&DstID=0.

Schließen unmündige Minderjährige ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters ein Geschäft, abgesehen von den altersüblichen, geringfügigen Geschäften ab, das sie auch verpflichtet (z.B. zur Zahlung des Kaufpreises), dann ist dieses Geschäft, anders als bei Kindern unter 7 Jahren, nicht gänzlich nichtig, sondern schwebend unwirksam.

Es kann durch die nachträgliche Zustimmung des gesetzlichen Vertreters gültig werden. Bis diese Genehmigung erfolgt, kann der Vertragspartner nicht zurücktreten, ist also an seine Erklärung bzw. sein Anbot gebunden. Er hat aber, um den Schwebezustand zeitlich in Grenzen halten zu können, die Möglichkeit, vom gesetzlichen Vertreter binnen angemessener Frist eine Erklärung zu verlangen. Genehmigt der Vertreter nicht, oder äußert er sich nicht innerhalb der gesetzten Frist, dann gilt das Geschäft als von Anfang an ungültig. Bis zur Genehmigung besteht aber auch keine Leistungspflicht des Vertragspartners.⁴¹

3. Altersgrenze: 14 – 18 Jahre

„Da mündige Minderjährige in aller Regel im Umgang mit Rechtsgeschäften nicht erfahren sind, stehen sie unter dem besonderen Schutz der Gesetze, sie sind ebenfalls beschränkt geschäftsfähig.“⁴²

Auch mündige Minderjährige dürfen ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten „*Taschengeldgeschäfte*“ eingehen, Geschenke annehmen, wenn sie nicht mit Belastungen oder Verpflichtungen verbunden sind, und selbständig über alle Sachen verfügen, die ihnen zur freien Verfügung überlassen worden sind.

Abgegrenzt zu den unmündigen Minderjährigen dürfen mündige Minderjährige sich selbständig zu Leistungen verpflichten (z.B. kleinere Einkäufe für Nachbarn gegen Bezahlung vornehmen, Autos waschen, usw.), soweit dadurch nicht die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse gefährdet wird. Ist dies jedoch der Fall, haben die Eltern das

⁴¹ Ebda.

⁴² Ebda.

Recht, solche Verpflichtungsverhältnisse aus wichtigen Gründen vorzeitig zu lösen (z.B. wenn die Gesundheit, Arbeits- oder Schulleistungen darunter leiden).⁴³

Weiters dürfen mündige Minderjährige selbständig Dienstverträge abschließen und kündigen (z.B. als FerialpraktikantIn, jedoch keinen Lehrvertrag oder sonstige Ausbildungsverträge). Solche Verträge bedürfen der Zustimmung der gesetzlichen Vertreter. Sie dürfen über das Einkommen aus eigenem Erwerb in so weit selbständig verfügen, als dadurch die Gefährdung der Lebensbedürfnisse nicht eintritt (z.B. CD's für die Playstation, Computerzubehör, etc., dürfen erworben werden).

Kommt es zu einer Gefährdung der Lebensbedürfnisse, so ist für ein solches Rechtsgeschäft immer die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter notwendig. Dies ist der Fall, wenn mündig Minderjährige finanzielle Verpflichtungen eingehen, die verhindern, dass sie sich mit ihrem Arbeitseinkommen selbst erhalten können (z.B. wenn Minderjährige ihr ganzes Einkommen für den Ankauf eines Mopeds ausgeben). Die rechtliche Zustimmung der gesetzlichen Vertretung kann auch nachträglich eingeholt und erteilt werden.

Je nach Einkommen können sich Jugendliche somit durchaus zu Leistungen verpflichten und dürfen neben anderen Geschäften auch Ratenvereinbarungen eingehen. Die dadurch entstehenden Verpflichtungen dürfen jedoch nie die Befriedigung der Lebensbedürfnisse bedrohen. Weiters darf auch nicht davon ausgegangen werden, dass Jugendliche über ihr gesamtes Einkommen frei verfügen können, weil man davon ausgeht, dass die Eltern die Jugendlichen weiterhin versorgen. Wird nämlich eine Gefährdung der Bedürfnisse des Jugendlichen nachgewiesen, kann das abgeschlossene Geschäft unter bestimmten Voraussetzungen angefochten werden. Eine generelle Richtlinie, wie viel mündige Minderjährige zum Lebensunterhalt benötigen, gibt es im österreichischen Gesetz nicht, da dies grundsätzlich von den konkreten Lebensumständen der Jugendlichen abhängt.

⁴³ Ebda.

Wie schon bei den unmündig Minderjährigen erwähnt, sind bis zur Erteilung der Zustimmung die von Jugendlichen eingegangenen Rechtsgeschäfte im Fachjargon „*schwebend unwirksam*“, und erlangen erst mit der nachträglichen Zustimmung der gesetzlichen Vertretung volle rechtliche Gültigkeit.

Wird die Zustimmung der gesetzlichen Vertretung nicht erteilt, so ist das Rechtsgeschäft von Anfang an ungültig zu bewerten, so als wäre der Vertrag nie zustande gekommen. Das bedeutet, dass beispielsweise das nicht rechtsgültig erworbene Gut bei dem Verkäufer bleibt, umgekehrt aber der mündige Minderjährige den Kaufpreis nicht bezahlen, bzw. rückerstattet bekommen muss.

Haben Minderjährige ohne die nötige Zustimmung der Eltern ein Rechtsgeschäft abgeschlossen (oder ein Konto in größerem Ausmaß überzogen), und sind diese Minderjährigen inzwischen volljährig geworden, so sind diese unter bestimmten Bedingungen zur Zahlung verpflichtet.

Dies ist der Fall wenn:

- der ehemalige Geschäftspartner den ehemaligen Minderjährigen, unter Setzung einer angemessenen Frist auffordert, dass vor der Volljährigkeit eingegangene Rechtsgeschäft anzuerkennen, und
- der ehemalige Minderjährige, nunmehr Volljährige, sodann freiwillig schriftlich erklärt, diese entstandenen Verpflichtungen als rechtswirksam anzuerkennen.

Unterbleibt diese schriftliche Aufforderung des Vertragspartners und/oder die schriftliche Erklärung, wird ein solches Rechtsgeschäft nicht voll rechtskräftig.

Ab Vollendung des 18. Lebensjahres gelten die Schutzbestimmungen des Jugendschutzgesetzes nicht mehr.

5.3 Jugendliche und Bankgeschäfte

Da Kinder und Jugendliche selten Erfahrungen in Geldangelegenheiten haben, bedürfen sie vor allem bei Bankgeschäften eines besonderen rechtlichen Schutzes. Banken, Sparkassen und Kreditinstitute müssen sich dabei an die Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuchs (ABGB) halten.

Bei Jugendlichen beziehen sich diese Bestimmungen hauptsächlich auf folgende Bereiche:

- Girokonto
- Bankomatkarte
- Kredit und Bürgschaft
- Leasing

5.3.1 Das Girokonto⁴⁴

Ein Girokonto dient zur vereinfachten, bargeldlosen Abwicklung von Zahlungen. Es kommt durch einen zweiseitigen rechtsgeschäftlichen Vertrag zu Stande. Da es mittlerweile so gut wie keine Unternehmer gibt, die die Lehrlingsentschädigung bar bezahlen, benötigt man spätestens bei Antritt einer Lehre ein Girokonto. Die Fähigkeit ein Girokonto zu führen, ist abhängig von der Geschäftsfähigkeit. Kinder sind nicht in der Lage selbständig ein Konto zu eröffnen bzw. es zu führen.

Auch unmündige Minderjährige können alleine kein Girokonto eröffnen. Nur mit ausdrücklicher Zustimmung der gesetzlichen Vertretung darf die Bank ein Girokonto für unmündige Jugendliche eröffnen. Wird das Girokonto selbständig eröffnet, handelt es sich um ein hinkendes Rechtsgeschäft, bis die Zustimmung eines Erziehungsberechtigten erteilt wird. Das Kreditinstitut kann während dieses Schwebezustands nicht vom Vertrag zurücktreten.

⁴⁴ Vgl. o. V., Geschäftsfähigkeit Jugendlicher, Wien, 2004, <http://www.help.gv.at/Content.Node/38/Seite.380503.html#Girokonto>.

Laut österreichischem Recht dürfen mündige Minderjährige ab dem 14. Geburtstag, unter der Voraussetzung, dass sie regelmäßige Einkünfte aus eigenem Erwerb (z.B. Lohn oder Lehrlingsentschädigung) beziehen, ohne Zustimmung ihrer Eltern ein Girokonto eröffnen und über dieses so weit selbständig verfügen, als dadurch keine Gefährdung der Lebensbedürfnisse eintritt.

Ab dem vollendeten 14. Lebensjahr steht allen mündigen Minderjährigen das Recht zu, für ihr Girokonto eine Bankomatkarte anzufordern, die jedoch auf Kontodeckung prüft. Wurde das verfügbare Geld vollständig behoben, müssen die Jugendlichen die zuständige Hausbank aufsuchen. Danach entscheidet der zuständige Bankbetreuer in jedem Einzelfall über die Berechtigung zur Abhebung, um somit jede ungerechtfertigte Kontoüberziehung zu verhindern.

Gefahren beim Kontoüberzug

Stark überzogene Girokonten sind oft der Anfang vom Schuldenaufbau, ein Einstieg für noch größere Schulden. Zusätzlich ist ein überzogenes Konto oft auch ein Indiz für weitere, weitaus höhere Schulden. Diese Schulden werden mit dem Überzug am Girokonto rückgeführt. Eine Kontoüberziehung ist jedoch die teuerste Form eines Kredits, und es ist somit nicht sinnvoll, einen bestehenden Kredit mittels Kontoüberziehung zu tilgen. Die Sollzinsen am Girokonto können sich aktuell je nach Bonität bei bis zu 7-15% bewegen. Wurde kein Überziehungsrahmen vereinbart, werden in der Regel noch weitere 5-6% an Überziehungszinsen hinzugerechnet. Bei einem vertraglich vereinbarten Kreditrahmen hingegen bewegen sich die Sollzinsen zwischen 2,9%-7%.⁴⁵ Ein Girokontoüberzug sollte deshalb genauestens geplant bzw. besser sogar vermieden werden.

Ein Überziehungsrahmen richtet sich nach dem monatlichen Einkommen des Kunden. Er beträgt maximal das Dreifache vom monatlichen Einkommen und sollte nur zur Überbrückung kurzfristiger, finanzieller Engpässe verwendet werden. Von Seiten der Bank wird es zu keinen Problemen kommen, solange der Rahmen eingehalten wird und monatliche Eingänge auf dem Konto zu verzeichnen sind.

⁴⁵ Die Zinssätze variieren in Abhängigkeit von der Bonität der Kunden, dem Verwendungszweck, der vereinbarten Sicherheiten und dem Kreditinstitut.

5.3.2 Die Bankomatkarte⁴⁶

Mündige Minderjährige mit regelmäßigen Einkünften (z.B. Lohn oder Lehrlingsentschädigung) am Girokonto, können unter folgenden Voraussetzungen die Bestellung einer Bankomatkarte für das von ihnen eröffnete Girokonto vornehmen:

- ab dem 14. Geburtstag mit Zustimmung ihrer Eltern
- ab dem 17. Geburtstag ohne Zustimmung ihrer Eltern

Für mündige Minderjährige, die noch keine regelmäßigen Einkünfte beziehen, vor allem Schüler, darf mit ausdrücklicher Zustimmung der gesetzlichen Vertretung des Jugendlichen eine Bankomatkarte für sein Girokonto bestellt werden.

Der Geldbezug durch Geldausgabeautomaten ist zum Schutz der Jugendlichen nach dem Bankwesengesetz auf wöchentlich maximal € 400,- beschränkt.

Dank der EDV-technischen Vernetzung ist es bereits möglich, dass bei jeder Transaktion, die mit der Karte durchgeführt wird, geprüft wird, ob auch Geld am Konto vorhanden ist. Es bedeutet jedoch nicht, dass das Konto auf Habenbasis⁴⁷ geführt sein muss, es genügt ein Überziehungsrahmen⁴⁸, bis zu welchem das Konto überzogen werden darf. Möchte der Jugendliche mehr beheben, muss er persönlich in die Bankstelle kommen und das Geld am Schalter beheben. Hier wird vom zuständigen Bankbetreuer individuell entschieden, ob das benötigte Geld ausbezahlt wird oder nicht.

Damit senkt die Bank das Risiko, dass Jugendliche mit der Bankomatkarte zuviel beheben und den Überblick verlieren. Die Höhe des Rahmens wird mit dem zuständigen Betreuer vereinbart. Ob im Ausland oder an Automaten anderer Banken ist die Karte nun direkt mit dem entsprechenden Konto verbunden. Maßlose Überziehungen

⁴⁶ Vgl. o. V., Geschäftsfähigkeit Jugendlicher, Wien, 2004,
<http://www.help.gv.at/Content.Node/38/Seite.380503.html#Bankomatkarte>.

⁴⁷ Saldo am Konto darf nicht kleiner 0 sein.

⁴⁸ Das Maximum beläuft sich auf 3 Monatsgehälter.

können somit vermieden werden. Die Umstellung auf dieses System liefert durchaus einen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendverschuldung.

Im Bankensektor ist es durchaus üblich, für Jugendliche das Wochenlimit zu beschränken. Bereits bei der Bestellung der Bankomatkarte wird ein Tages und Wochenlimit eingegeben. Dieses beträgt im Minimum € 10,-- und kann in Zehnerschritten erhöht werden.

Wer sein Konto durch Behebungen mit der Bankomatkarte bewusst über den zulässigen Rahmen hinaus überzieht, und den Überzug auf Verlangen der Bank nicht unverzüglich abdeckt, oder abdecken kann, macht sich strafbar! Die Bank kann von ihrem Recht gebrauch machen, die Kontoverbindung zu kündigen, den überzogenen Betrag fällig stellen und sich gezwungen sehen, den offenen Betrag gerichtlich einzutreiben.

Durch die Unterschrift der Eltern ergibt sich unter Umständen eine Mithaftung bei den Schulden der Jugendlichen.

Gefahren bei Bankomatkarten

Bargeldloser Zahlungsverkehr birgt zahlreiche Vorteile aber auch Gefahren in sich. Der Überblick über den aktuellen Kontostand geht nur all zu schnell verloren, da viele Buchungen zeitverzögert erfolgen. Um nicht die Kontrolle über den Kontostand zu verlieren, empfiehlt es sich eine Liste über alle Abbuchungen zu führen, oder z.B. die Kassabelege aufzubewahren und an den Auszug zu heften. Nur so ist es möglich, die Vorteile durch Plastikgeld auch sinnvoll zu nützen. Wer mit Geld nicht gut umgehen kann, sollte auf den Besitz einer Bankomatkarte verzichten, denn für die Benutzung bedarf es sehr viel Disziplin und Selbstkontrolle.

Ein weiterer Nachteil ist auch die Möglichkeit des Missbrauchs, der durch Verlust oder Diebstahl entstehen kann. Um diesem Nachteil vorzubeugen dürfen Karte und Code niemals zusammen aufbewahrt werden, bzw. darf nie der Code in der Geldtasche notiert werden. Wenn man sich den Code schwer merken kann, empfiehlt es

sich den Code als Telefonnummer entweder im Handy zu speichern, oder im Telefonbuch unter einem neutralen Namen zu notieren.

Wird die Bankomatkarte gestohlen oder verloren, so ist dies unverzüglich entweder der Bank oder über die Bankomatkartensperrnotrufnummer zu melden. Zusätzlich ist in jedem Fall eine Verlust- bzw. Diebstahlsanzeige bei der Exekutive zu erstatten.

5.3.3 Kredit und Bürgschaft⁴⁹

Mündige Minderjährige, mit regelmäßigen Einkünften aus eigenem Erwerb (z.B. Lohn oder Lehrlingsentschädigung), können ohne vorherige Zustimmung der gesetzlichen Vertretung einen Kredit aufnehmen oder eine Bürgschaft übernehmen. Dies ist jedoch wiederum nur dann rechtlich gedeckt, wenn durch die Höhe der Kreditraten die Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse nicht gefährdet ist.

Die Banken sind auf Grund ihrer besonderen Sorgfaltspflicht bei Jugendlichen gesetzlich verpflichtet, vor Gewährung des Kredits, oder der Übernahme einer Bürgschaft, die Einkommensverhältnisse des mündigen Minderjährigen sorgfältig zu prüfen. Dies wird auch bei Erwachsenen getan, doch besonders bei Jugendlichen muss sichergestellt sein, dass der Kredit oder die Bürgschaft keine Gefährdung der Lebensbedürfnisse der Jugendlichen verursacht.

Grundsätzlich liegt es im Interesse jeder Bank, vor der Kreditvergabe eine Bonitätsprüfung durchzuführen. Dazu benötigt man Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kunden, um die Ausgestaltung des Kredits auf die Leistungsmöglichkeiten der Kunden abzustimmen⁵⁰. Wäre beim Abschluss des Kreditvertrags oder der Bürgschaft die Einwilligung der gesetzlichen Vertretung oder die Genehmigung des Pflegschaftsgerichts notwendig gewesen, und ist diese jedoch nicht erteilt worden, so sind inzwischen volljährig gewordene Jugendliche seit 1. Juli 2001 nur dann daraus wirksam verpflichtet, wenn sie zur rechtswirksamen Anerkennung schriftlich

⁴⁹ Vgl. o. V., Geschäftsfähigkeit Jugendlicher, Wien, 2004,
<http://www.help.gv.at/Content.Node/38/Seite.380503.html#Kredit>.

⁵⁰ Vgl. Leinweber, Rudolf, Verbraucherverschuldung als Rechtsproblem, Wien, 1995, S 186.

aufgefordert wurden. Die Bank hat den mittlerweile voll geschäftsfähigen Personen dafür eine angemessene Frist zu setzen.⁵¹

Bürgschaften

Wer eine Bürgschaft unterschrieben hat, haftet für den gesamten offenen Betrag. Fällt der Kreditnehmer aus, kann sich die Bank am Bürgen schadlos halten. Grundsätzlich werden bei Kreditinstituten Bürgschaften eingegangen, bei denen es im Ermessen der Bank liegt, in welcher Reihenfolge sie sich an den Hauptschuldner und/oder an den Bürgen wendet. Die Bank kann sich ohne Mahnung entweder zuerst an den Hauptschuldner oder den Bürgen wenden, oder beide gleichzeitig belangen. Der Bürge haftet in diesem Fall "primär", d.h. gleich einem (Mit)Schuldner. Man nennt diese Form der Bürgschaft auch „Bürge- und Zahlerhaftung“.

Ist ein Bürge nicht in der Lage die ausständigen Kreditraten zu bezahlen, kann auch gegen ihn Exekution geführt werden. Einzige Möglichkeit die einem Bürgen zur Verfügung steht, ist im Regressweg die geleisteten Beträge vom Hauptschuldner einzufordern. Diese Unternehmung ist aber nur in den seltensten Fällen von Erfolg gekrönt, da der Hauptschuldner häufig bereits zahlungsunfähig ist, und von ihm nichts mehr zu holen ist.

Bevor man einen Bürgschaftsvertrag unterschreibt, sollte man die Bürgschaft auf eine betragsmäßige Obergrenze festlegen. Dieser Wunsch wird aber nur auf Verlangen des Bürgen von den Banken erfüllt. Da Bürgschaften vor allem im nahen Verwandten- und Bekanntenkreis eingegangen werden, kann es dadurch zu massiven Schwierigkeiten und emotionalen Belastungen kommen, wenn der Hauptschuldner zahlungsunfähig wird.

⁵¹ Vgl. o. V., Geschäftsfähigkeit Jugendlicher, Wien, 2004,
<http://www.help.gv.at/Content.Node/38/Seite.380503.html#Kredit>.

5.3.4 Leasing

Das Wort "*Leasing*" wurde aus dem englischen "*to lease*" abgeleitet, was unter anderem soviel wie "*überlassen*" bedeutet. Leasing hat sich in den letzten Jahrzehnten seit seinem ersten Auftreten als eine eigenständige und moderne Finanzierungsform entwickelt. Bei Leasing handelt es sich um eine Vereinbarung über die entgeltliche Nutzungsüberlassung eines Gegenstands gegen Zahlung von Leasingraten in individueller Höhe für einen bestimmten Zeitraum. Beim Leasing steht somit die Nutzung eines Gutes im Vordergrund, und nicht das Eigentum. Für diese Art der Finanzierung eignen sich grundsätzlich alle beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgüter. Die Auswahl und Spezifikation des zu leasenden Gutes erfolgt in der Regel durch den Nutzer.

Ein Leasingvertrag kann von Minderjährigen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der gesetzlichen Vertretung eingegangen werden. Auch hier ist der Leasingvertrag ohne Zustimmung der gesetzlichen Vertretung als schwebend unwirksam zu deklarieren. In weiterer Folge gilt, falls keine Einwilligung der Eltern bzw. des Pflegschaftsgerichts erteilt wurde, dass der Vertrag nach Vollendung des 18. Lebensjahres anerkannt werden muss um rechtsgültig zu werden.

5.3.5 Haftung der Eltern

Nur wenn sich ein Elternteil vertraglich dazu verpflichtet hat, haftet er für die Schulden seiner Kinder. Eltern können im Regelfall nicht für Schulden ihrer Kinder, auch nicht von Minderjährigen, herangezogen werden. Natürlich dürfen Eltern die Schulden der Kinder „freiwillig“ zurückbezahlen. Dies ist oft der Fall, wenn die Eltern und die Kinder ihre Kontoverbindung bei derselben Bank haben, da es den Eltern unangenehm ist, dass ihre Kinder ihr Girokonto überzogen haben. Ab dem 14. Lebensjahr gelten Jugendliche als strafmündig und können für Vergehen und Verbrechen zur Rechenschaft gebeten werden. Sie dürfen nicht fahrlässig und sorglos Geld mit der Bankomatkarte beheben, Ratengeschäfte eingehen, oder bei Versandhäusern bestellen, ohne damit zu rechnen zur Verantwortung gezogen zu werden.

6. Von den Schulden zur Pfändung

Die folgende Grafik soll veranschaulichen, welche Schritte im Normalfall zur Pfändung führen. Ist man am letzten Punkt angekommen, bleibt oft nur mehr der Weg zum Privatkonkurs, der in Punkt 9 beschrieben wird.

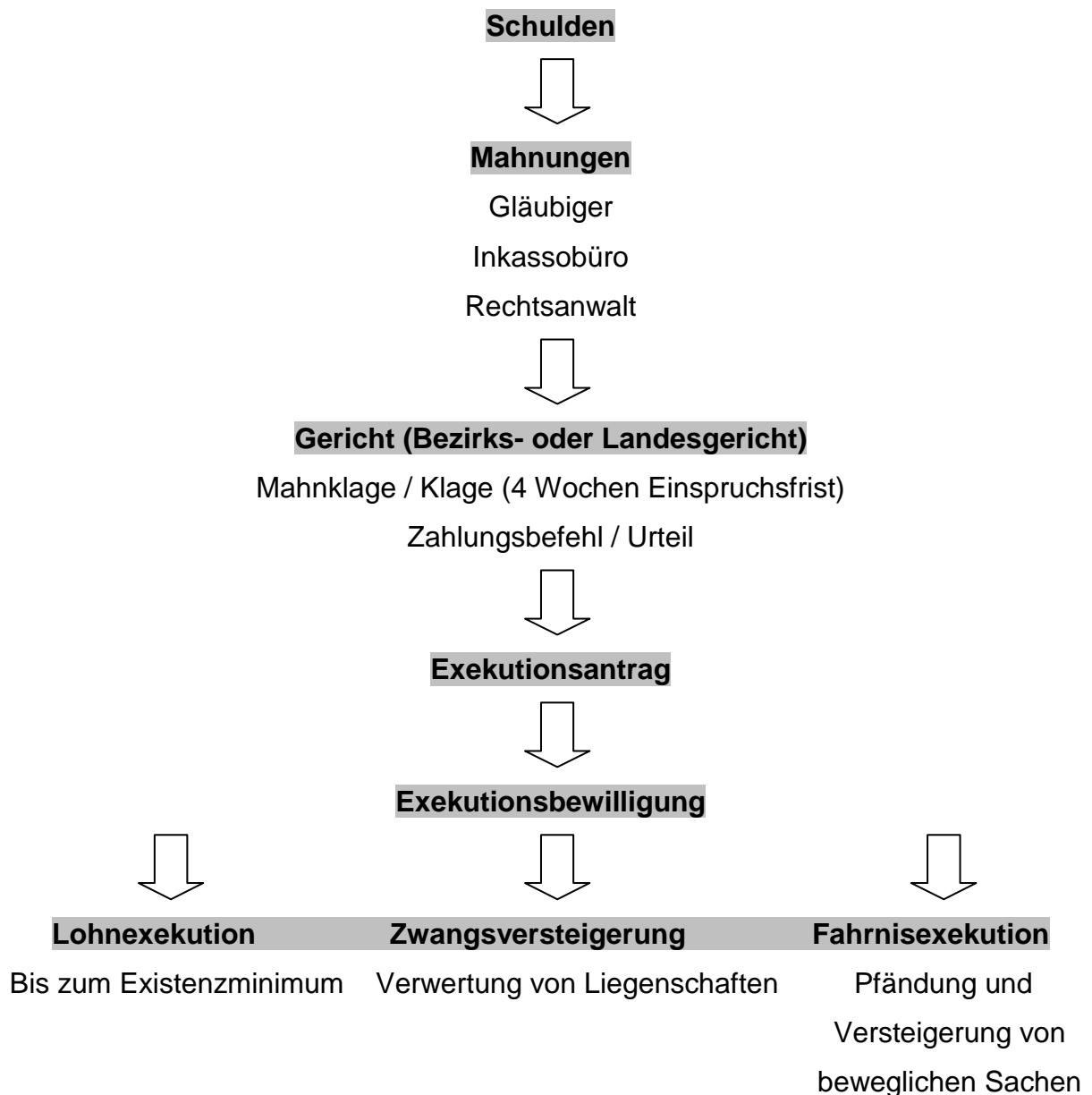


Abbildung 7: Von den Schulden zur Pfändung⁵²

⁵² Vgl. o. V., Haushalt & Geld, Verein für prophylaktische Sozialarbeit, 6. Überarbeitete Aufl., Linz, 2004.

6.1 Der Zahlungsverzug

Für die Begleichung von Rechnungen werden in der Regel Fristen vorgegeben. Wird trotz dem Verstreichen der Fälligkeit der ausstehende Betrag nicht überwiesen, spricht man von Zahlungsverzug.

Die drei Hauptgründe, warum Firmen Mahnungen oder Zahlungserinnerungen schicken, sind folgende:

1. Es ist für die Firma günstiger zu ihrem Geld zu kommen, als sofort den ausstehenden Betrag einzuklagen.
2. Es ist durchaus möglich, dass man eine Zahlung übersieht, oder auf die Einzahlung vergisst.
3. Zahlt der Kunde nicht, weil Punkt 2 eingetreten ist, und die Firma wendet sich sofort an eine Rechtsanwaltskanzlei, wird man zu einem hohen Prozentsatz auch den Kunden verlieren, da es für Kunden äußerst unangenehm und kostspielig ist.

Die Fälligkeit, also der Zeitpunkt der Zahlungsverpflichtung, bestimmt sich in erster Linie nach der Vereinbarung. Ist vertraglich nichts vereinbart worden, so ist der Käufer verpflichtet, die Ware zu bezahlen, sobald der Unternehmer seine Leistung ordnungsgemäß erbracht hat und der Preis feststeht (z.B.: fixer Kaufpreis, Pauschalpreis, Entgelt auf Basis eines verbindlichen Kostenvoranschlags). D.h. bei Kaufverträgen tritt die Fälligkeit der Kaufpreisforderung nach dem Gesetz zugleich mit der Übernahme der Sache durch den Käufer ein (Fälligkeit mit Ablieferung).⁵³

⁵³ Vgl. o. V., Zahlungsverzug des Geschäftspartners, Österreichische Wirtschaftskammer, Wien, 2009, <http://www.wkw.at/docextern/G%FCtertransporteure/ServiceOrdner/zahlungsverzugmerkblatt.pdf>.

Bei Werkverträgen wird das Entgelt nach dem Gesetz in der Regel nach der Vollen-
dung des Werkes fällig, d.h. wenn das Werk ordnungsgemäß übergeben wird. Selbst
wenn der Preis feststeht, jedoch eine Abnahme oder Überprüfung der Leistung ver-
einbart ist, tritt die Fälligkeit nicht bereits mit der Erfüllung, sondern erst nach Ab-
nahme oder Überprüfung der Leistung ein. Wenn aber die Höhe des Entgeltes erst
aus einer detaillierten Rechnung ersichtlich ist, tritt die Fälligkeit mit Rechnungsle-
gung, respektive mit Eingang der Rechnung beim Kunden ein. Sofern also nicht ver-
traglich ein Zahlungsziel vereinbart wird, steht kraft Gesetzes dem Kunden keine
Zahlungsfrist zur Verfügung, sondern hat der Kunde ohne unnötigen Aufschub die
Zahlung zu veranlassen.⁵⁴

Folgen des Zahlungsverzugs / Möglichkeiten außergerichtlicher und gerichtli- cher Rechtsdurchsetzung

Wird die Zahlung des geschuldeten Entgelts bei Fälligkeit nicht geleistet, so gerät der
Schuldner in Verzug. Dies löst für den Gläubiger grundsätzlich zwei Möglichkeiten
aus. Erstens kann er weiterhin auf die Erfüllung des Vertrages bestehen, zweitens
könnte er auch unter Setzung einer angemessenen Nachfrist vom Vertrag zurücktre-
ten. In diesem Fall müsste es, unbeschadet der möglichen Geltendmachung von
Schadenersatzansprüchen, zu einer Rückabwicklung des Vertrags kommen.

Da der Auftragnehmer/Verkäufer vorrangiges Interesse an der Erfüllung des Vertra-
ges haben wird, empfiehlt sich im Falle des Zahlungsverzugs in der Regel als erster
Schritt der Versuch einer außergerichtlichen Lösung durch Mahnung des Vertrags-
partners mittels schriftlichen Mahnbriefs. Als Alternative zu einem selbst verfassten
Mahnschreiben, sollte dieses nicht den gewünschten Erfolg zeigen, könnte unter
Umständen auch ein Inkassobüro oder ein Rechtsanwalt mit der außergerichtlichen
Betreibung der Forderungen beauftragt werden. Zeigen die außergerichtlichen Maß-
nahmen keine Wirkung, so bleibt nur die gerichtliche Geltendmachung der Forde-

⁵⁴ Ebda.

rung.⁵⁵ Wurde beim Kaufvertrag ein fixer Zahlungstermin vereinbart, so ist der Gläubiger rechtlich gesehen nicht verpflichtet zu mahnen. Er könnte die Angelegenheit durchaus sofort seinem Rechtsanwalt übergeben und Klage gegen den Schuldner einbringen.

Erhält der Schuldner eine Zahlungserinnerung oder eine Mahnung, ist es empfehlenswert sich unverzüglich mit dem Gläubiger in Verbindung zu setzen. Ist es dem Schuldner tatsächlich nicht möglich der Zahlung nachzukommen, sollte man versuchen mit dem Gläubiger eine Verlängerung des bestehenden Zahlungsziels zu vereinbaren, bzw. um Stundung oder Ratenzahlung ansuchen. Ratsam ist es auch, bereits vor Fälligkeit mit dem Gläubiger Kontakt aufzunehmen, und mitzuteilen, dass man zum vereinbarten Zeitpunkt nicht in der Lage ist seiner Verpflichtung nachzukommen. Dadurch erscheint man dem Gläubiger vertrauenswürdiger, und man kann sich Mahnspesen und weitere Unannehmlichkeiten ersparen.

Durchaus unglaublich erscheint der Schuldner jedoch, wenn auch das neu ausgehandelte Zahlungsziel bzw. die Ratenzahlung, etc., wiederholt nicht eingehalten wird. Man sollte sich deshalb bereits im Vorfeld Gedanken darüber machen, ob es die finanzielle Situation wirklich erlaubt, eine Anschaffung oder Ausgabe tatsächlich zu tätigen.

Nimmt der Gläubiger keinen Kontakt mit dem Schuldner auf, werden meist gerichtliche Schritte angedroht. Erfolgt darauf keine Reaktion, werden diese auch verwirklicht. Der Gläubiger bringt bei Gericht Klage ein, was zu Exekutionen und deren unangenehmen Begleiterscheinungen führt.

⁵⁵ Ebda.

6.2 Das Inkassobüro

Bevor ein Gläubiger eine gerichtliche Klage einbringt, wird meist ein Inkassobüro beauftragt. Schuldner erhalten darauf von einem Inkassobüro eine Zahlungsaufforderung.

Ein Inkassobüro ist ein privates Unternehmen, das fremde Forderungen im Auftrag von Gläubigern eintreibt. Das Inkassobüro versucht Schuldner durch schriftliche Aufforderungen oder persönliche Vorsprache zur Zahlung zu bewegen. Erhält ein Schuldner von einem Inkassobüro eine Zahlungsaufforderung, ist es ratsam sofort mit seinem Gläubiger oder dessen Rechtsanwalt Kontakt auf zu nehmen. Niemals sollte man dem Inkassobüro Zusagen machen, oder diverse Unterschriften leisten.

Durch das Einschreiten des Inkassobüros entstehen zusätzliche Kosten. Diese außergerichtliche und zumeist kostspielige Betreibungsmaßnahme ist zwar zulässig, aber nicht in jedem Fall. Nicht immer sind die Inkassokosten in der geforderten Höhe zu begleichen. Diese Kosten müssen Schuldner nur dann bezahlen, wenn sie sich bei Vertragsabschluss dazu verpflichtet haben. Einen Vermerk findet man meistens in den allgemeinen Geschäftsbedingungen, welche in der Regel bereits bei der Unterzeichnung des Kaufvertrags akzeptiert werden. Allerdings müssen in diesem Fall auch nur "angemessene" Inkassobürokosten bezahlt werden. Im Gesetz sind diese „angemessenen“ Kosten jene, die Gläubiger zu einer zweckentsprechenden Rechtsverfolgung zu verwenden haben. Außerdem müssen die entstandenen Kosten in einem angemessenen Verhältnis zur geltend gemachten Hauptforderung stehen. Dies ist jeweils von Fall zu Fall zu beurteilen. Inkassokosten, die beispielsweise die Höhe der Forderung erreichen, werden in der Regel nicht als angemessen gewertet.

Die zulässigen Höchstsätze für Inkassokosten sind in der Inkassogebührenverordnung (BGBl. Nr. 141/1996) geregelt.

Die häufig beobachtete Praxis mancher Inkassobüros, fünf bis sechs Zahlungsaufforderungen zu schicken, und dann sogar noch Hausbesuche zu absolvieren, ist weder notwendig noch zweckentsprechend. Im Einzelfall wird zu prüfen sein, wie viele Mahnungen als zweckentsprechend anzusehen sind. In der Regel ist dies ab dem dritten Mahnschreiben nicht mehr anzunehmen. Alle Inkassokosten, die durch unzweckmäßige und unnötige Interventionsschritte durch das Inkassobüro verursacht werden, sind ungerechtfertigte Inkassokosten, gegen die sich der Schuldner wehren kann.

Dazu zählen insbesondere laufende Mahnschreiben des Inkassobüros. Leistet der Schuldner auch trotz dreier Mahnschreiben nichts, kann davon ausgegangen werden, dass auch weitere Mahnschreiben nichts zur Einbringung der Forderung beitragen. Weitere Mahnschreiben sind deshalb weder zweckmäßig noch notwendig. Der Schuldner kann deshalb nicht zur Zahlung solcher Kosten verpflichtet werden.

Wenn ein Brief vom Inkassobüro kommt, sollte also zunächst nach oben geschilderten Kriterien genau geprüft werden, ob eine solche Forderung zu bezahlen ist. Wenn Bedenken gegen die Richtigkeit der geltend gemachten Inkassokosten bestehen, so sind diese Bedenken direkt dem Unternehmer gegenüber geltend zu machen, der das Inkassobüro beauftragt hat, und nicht nur gegenüber dem Inkassobüro.

Mitarbeitern eines Inkassobüros kann, auch wenn sie sich ordnungsgemäß ausweisen, der Zutritt in die Wohnung verweigert werden. Sie sind nicht zur Pfändung von Gegenständen berechtigt.

Tipps für den Umgang mit Inkassobüros

Sobald der Schuldner erkennt, dass eine Forderung bei Fälligkeit nicht bezahlt werden kann, sollte er sofort mit dem Gläubiger bzw. dem Inkassobüro Kontakt aufnehmen.

1. Grund bekannt geben

Unbedingt sollte man die Gläubiger darüber informieren, warum die Zahlungsunfähigkeit nachträglich eingetreten ist (z.B. Arbeitsplatzverlust, Krankheit Unfall, etc.). Wichtig ist vor allem darauf hinzuweisen, dass die Zahlungsunfähigkeit nach Vertragsabschluss zustande kam, denn wenn ein Kunde bereits bei Vertragsabschluss weiß, oder wissen müsste, dass der Kaufpreis oder die Rate unerschwinglich ist, muss er mit einer Betrugsanzeige rechnen.

2. Adressänderungen oder Ähnliches selbständig bekannt geben

Wird das Inkassobüro laufend über die aktuelle Wohnadresse, Vermögens- und Einkommenslage des Schuldners informiert, können keine weiteren Kosten für Mahnschreiben, Anschriftenerhebungen, Ermittlung der Einkommens- und Vermögenslage etc. anfallen. Sämtliche Nachweise in Kopie beilegen (z.B. Lohnzettel, Arbeitslosenbescheinigung, etc.). Hier kann man durchaus erhebliche Kosten sparen. Sämtlicher Schriftverkehr sollte eingeschrieben erfolgen.

3. Den Inkassobüroangestellten nichts unterschreiben

Auch nicht von Bekannten oder Verwandten unterschreiben lassen. Es kommt vor, dass sich Schuldner durch solche Unterschriften zu zusätzlichen Schuldanerkenntnissen bekennen.

4. Zahlen

Auch wenn keine Ratenzahlung vereinbart ist, sollte man versuchen, Teilzahlungen zu leisten. Um Kosten zu sparen, ist es wichtig, dass das Inkassobüro regelmäßig Eingänge verzeichnen kann, wenn auch nur von bescheidener Höhe.

5. Buchführung

Über sämtliche geleistete Zahlungen sollte man genaue Aufzeichnungen führen.

6. Kostenkontrolle

Wurden vom Inkassobüro ungerechtfertigte Kosten in Rechnung gestellt, sollte man das Inkassobüro nach Bezahlung der offenen Primärschuld und den gerechtfertigten Kosten auffordern, die ungerechtfertigten Kosten gerichtlich geltend zu machen. Jedenfalls sollte man die Zahlung einstellen.

6.3 Der Zahlungsbefehl

Wendet sich der Gläubiger ans Gericht, kann er dort einen Zahlungsbefehl gegen den Schuldner erwirken. Dieser Brief wird mittels RSa-Brief⁵⁶ zugestellt. In der Regel hat man danach 14 Tage Zeit, um Einspruch gegen den Zahlungsbefehl zu erheben. Die Einspruchsfrist beginnt mit der Zustellung. Konnte der RSa-Brief nicht ordnungsgemäß zugestellt werden, muss er hinterlegt werden. Dann beginnt die Einspruchsfrist mit dem Tag der Hinterlegung des Schriftstücks beim Postamt.

Einspruch zu erheben ist nur dann sinnvoll, wenn sich der Schuldner sicher ist, dass die eingeklagte Forderung zu Unrecht besteht, oder wenn der geforderte Betrag zu hoch ist. Entscheidet sich der Schuldner Einspruch zu erheben, müssen die dazu notwendigen Beweise bei Gericht vorgelegt werden. Im Weiteren entscheidet der

⁵⁶ Ein RSa-Brief (Rückscheinbrief blau) ist ein behördliches Schriftstück, das nur der Empfängerin/dem Empfänger selbst zu eigenen Händen zugestellt werden darf ("eigenhändige Zustellung").

Richter, ob die Einwende zu Recht bestehen, oder ob der Zahlungsbefehl rechtskräftig wird.

Wird innerhalb der Frist kein Einspruch erhoben, wird der Zahlungsbefehl immer rechtskräftig und stellt einen Exekutionstitel dar. Der Gläubiger darf nun Lohnpfändungen und/oder Fahrnisexekutionen gegen den Gläubiger beantragen und durchführen. Bei Fahrnisexekutionen darf ein Gerichtsvollzieher die Wohnung des Schuldners nach pfändbaren Gegenständen durchsuchen. Mit einem solchen Exekutionstitel dürfen Gläubiger 30 Jahre lang versuchen Forderungen einzutreiben.

Auch in dieser Situation empfiehlt es sich Kontakt mit dem Gläubiger oder seinem Vertreter aufzunehmen und Zahlungs- bzw. Ratenvereinbarungen zu treffen. Am rechtskräftigen Zahlungsbefehl ändert sich aber nichts.

6.4 Der Exekutor

Der Vollzug einer bewilligten Exekution erfolgt von Amts wegen, wenn in der EO (Exekutionsordnung) nichts anderes bestimmt ist. Zivilgerichte oder Vollstreckungsorgane handeln dabei immer im Auftrag und unter Leitung des Gerichts. Ein Gerichtsvollzieher (=Vollstreckungsorgan) hat laut herrschender EO das Recht, die Wohnung des Schuldners nach verwertbaren, pfändbaren Gegenständen zu durchsuchen.⁵⁷

Auf alle Fälle sollte der Schuldner anwesend sein, da der Gerichtsvollzieher durchaus das Recht hat, sich gewaltsam Zutritt zur Wohnung zu verschaffen, indem er einen Schlosser oder die Gendarmerie zu Hilfe ruft. Von diesem Recht darf er aber nur Gebrauch machen, wenn er vorher schon zu unterschiedlichen Zeiten den Gläubiger nicht angetroffen hat. Der Gerichtsvollzieher ist berechtigt, auch die getragene Kleidung des Schuldners zu durchsuchen, oder verschlossene Gegenstände ungeachtet geringfügiger Beschädigungen zum Zweck der Exekution öffnen zu lassen.⁵⁸

⁵⁷ Vgl. o. V., Die Exekutionsordnung, §26, Zugriff am 21.05.2011, <http://www.richtervereinigung.at/gesetze/EO-Neu.pdf>.

⁵⁸ Ebda.

Nachdem sich der Gerichtsvollzieher ausgewiesen hat, darf er in seiner Arbeit nicht behindert werden. Die verwertbaren, gepfändeten Gegenstände werden im Pfändungsprotokoll verzeichnet. Entweder verbleiben die Gegenstände in der Wohnung des Schuldners, oder sie werden in die Versteigerungshallen des Gerichts überführt. Dort, wo die Gegenstände verbleiben, findet auch die anschließende Versteigerung statt. Der Termin für die Versteigerung wird vom Gericht bestimmt. Verbleiben die Gegenstände in der Wohnung des Schuldners ist es ihm untersagt, die Gegenstände zu entfernen oder zu veräußern. Hält sich der Schuldner nicht an diese Regelung, macht er sich strafbar. Der Erlös der Versteigerung kommt den zur Pfändung berechtigten Gläubigern zu Gute.⁵⁹

Gegenstände, die einer bescheidenen Lebensführung dienen, dürfen entsprechend dem Gesetzeswortlaut nicht gepfändet werden. Was darunter im Einzelfall zu verstehen ist, liegt im Ermessen des Gerichtsvollziehers.

Nach bestehenden Grundregeln sind das aber in jedem Fall:

- Unverzichtbare Einrichtungsgegenstände (Bett, Kasten, Tisch, Stühle, Kücheneinrichtung, Waschmaschine, Kühlschrank, Fön, etc.)
- Einfache Kleidung
- Gegenstände die zur Ausübung einer anerkannten Religion oder Glaubensgemeinschaft benötigt werden
- Heizstoffe für die nächsten 4 Wochen
- Jegliche Gegenstände, die für die Berufsausübung notwendig sind
- Höchstpersönliche Gegenstände wie Ehering, Fotos, etc.
- Gegenstände mit geringem Versteigerungswert, die jedoch hohe Transportkosten verursachen würden
- Bücher die der Ausbildung dienen⁶⁰.

⁵⁹ Vgl. o. V., Der Gerichtsvollzieher, Schuldnerberatung Wien, Zugriff am 21.05.2011, <http://www.schuldnerberatung-wien.at/beratung/Gerichtsvollzieher.html?setFontSize=p>.

⁶⁰ Ebda.

Durchaus pfändbar sind:

- Farbfernseher, Playstation, Video- und Stereoanlagen, Computer, Fotoausrüstungen
- Auto, Motorrad, Boote, Sport- und Freizeitausrüstungen, Musikinstrumente, CD's, Bücher
- Wertvolle Teppiche, Bilder, Schmuck, Antiquitäten, Tischdecken
- Wertvolle Tiere, wie Perserkatzen, Reit- oder Zuchtpferde
- Bargeld, wenn es bis zum nächsten Einkommen nicht unentbehrlich ist (Existenzminimum). Man spricht in diesem Fall von der Taschenpfändung.

Zwischen Pfändung und Versteigerung muss eine Frist von mindestens drei Wochen liegen.

6.5 Die Exszindierungsklage

Werden in der Wohnung Gegenstände gefunden, die dem Schuldner nicht gehören (z.B. geliehene Gegenstände, unter Eigentumsvorbehalt erstandene Waren, Gegenstände von im Haushalt wohnenden Kindern, Gegenstände vom Lebensgefährten bzw. von der Lebensgefährtin, etc.), ist der Gerichtsvollzieher darauf hinzuweisen. Der Gerichtsvollzieher ist aber nicht dazu verpflichtet und befugt, noch vor Ort zu klären, wer der rechtmäßige Eigentümer des gepfändeten Gegenstands ist. Werden die Gegenstände trotz des Hinweises gepfändet, so kann der wahre Eigentümer sich nur mit einer Exszindierungsklage gemäß § 37 EO gegen den Gläubiger wehren. Der Eigentümer muss mit dem Rechtsanwalt des Pfändungsführenden Gläubigers Kontakt aufnehmen und die Streichung aus dem Pfändungsprotokoll verlangen. Weigert sich der Rechtsanwalt, muss der Eigentümer die Exszindierungsklage beim zuständigen Bezirksgericht einreichen. Hier werden die Besitzansprüche geklärt.

Probleme treten oft bei geliehenen Gegenständen auf, da es schwierig sein kann nachzuweisen, wem die gepfändeten Gegenstände tatsächlich gehören. Nur mit einer auf Namen ausgestellten Rechnung lässt sich eindeutig nachweisen, wem z.B. der Fernseher oder die Playstation gehören. Entscheidet der Richter, dass der Gegenstand zu Unrecht gepfändet wurde, sind die Kosten des Verfahrens vom Rechtsanwalt zu tragen, welcher die Pfändung nicht eingestellt hat.

6.6 Das Existenzminimum

Das Existenzminimum schützt alle Schuldner vor einem uneingeschränkten Zugriff der Gläubiger auf ihr Einkommen. Es stellt den unpfändbaren Freibetrag dar. Die Höhe ist in der EO geregelt. Grundsätzlich ist das Existenzminimum so bemessen, dass es eine einfache Lebensführung ermöglicht, und eine weitere Existenz gesichert ist. Der Grundbetrag beträgt nach dem Stand vom Jänner 2011 im Monat € 793,40.⁶¹ Dieser Grundbetrag, auch Sockelbetrag genannt, wird jährlich angepasst.

Für jede Person, für die der Schuldner Unterhalt leisten muss (entweder im selben Haushalt oder durch Alimente), erhöht sich der Grundbetrag um ein Fünftel. Laut Stand vom Jänner 2011 sind das pro Monat und pro unterhaltsberechtigter Person € 158,--. Die Anzahl der Unterhaltsberechtigten ist mit fünf beschränkt.⁶²

Vom verbleibenden Einkommen sind nun drei Zehntel für den Verpflichteten, und für jede unterhaltsberechtigter Person ein Zehntel unpfändbar.

Somit ergibt sich, dass das Existenzminimum von der Höhe des monatlichen Einkommens und von der Anzahl der unterhaltsberechtigten Personen abhängig ist. Wesentlichster Nebeneffekt ist, dass je mehr ein Schuldner verdient, umso mehr bleibt ihm auch zum täglichen Leben. Somit ist auch trotz Pfändung ein Ansporn gegeben, sich beruflich weiter zu entwickeln.

⁶¹ Vgl. o. V., Existenzminimum 2011, Ehe- und Familienrecht Online, Stand 15.12.2010, <http://www.weka.at/familienrecht/ehe/unterhalt/news/neue-werte-zur-ermittlung-des-existenzminimums-2011/29006/?l=1>.

⁶² Ebda.

Wird jedoch wegen gesetzlicher Unterhaltszahlung Exekution gegen den Schuldner geführt, so müssen dem Verpflichteten lediglich 75% des Existenzminimums verbleiben. Auch die zusätzliche Erhöhung des Grundbetrags für eine unterhaltsberechtigten Person ist in diesem Fall unzulässig.

Gänzlich von der Pfändung ausgeschlossen sind folgenden Einkünfte:

- Kinderbetreuungsgeld
- Familienbeihilfe
- Wohnbeihilfe
- Alimente

Ist das monatliche Einkommen unter der Pfändungsgrenze, d.h. dass die Lohnpfändung ins Leere geht, darf sich der Schuldner jedoch nicht in Sicherheit wiegen, denn der Gerichtsvollzieher darf den Schuldner durchaus aufsuchen und Sachvermögen verwerten (Fahrnisexekution).

6.7 Umschuldung als Lösung

Wenn durch die unüberschaubare Anzahl an Gläubigern, Inkassobüros und Rechtsanwaltsbriefen die Übersicht verloren geht, steigt der Wunsch nach einer Umschuldung. Tatsache ist, dass es durchaus verwirrend ist, wenn Schuldner an verschiedenste Gläubiger zahlen müssen. Ziel eines Umschuldungskredits ist es, dass zu einem günstigen Zinssatz an nur einen Gläubiger monatlich bezahlt wird, und man sich dadurch die Mahn-, Rechtsanwalts-, und Inkassospesen spart. Resultat ist eine langfristig leistbare Ratenzahlung, die auch zu einer besseren Übersicht führt.

Trotz der genannten positiven Aspekte ist auch Umschuldung oftmals keine Lösung. Folgendes ist zu beachten:

- Gesamtschuldenhöhe
An ihr ändert sich auch durch eine Umschuldung nichts.

➤ Vergessene Gläubiger

Werden nicht alle Gläubiger in den Umschuldungskredit miteinbezogen, ist es sehr wahrscheinlich, dass die Bank eine weitere Umschuldung kategorisch ablehnt.

➤ Umschuldung bei Kreditvermittlern

Gerade hier ist besondere Vorsicht geboten, da die Annoncen in den Zeitungen oft nicht das halten, was sie versprechen. Die anfallenden Provisionen verursachen zusätzliche, teils sehr hohe Kosten. Ein Kreditvermittler verlangt als Vermittlungsprovision üblicherweise 5% vom Kreditbetrag. Eine fünfprozentige Vermittlungsprovision macht bei einem Kreditbetrag von beispielsweise € 72.000,-- € 3.600,-- aus. Bei der Bank fallen zusätzliche Spesen zu Vertragsbeginn an. Eine Bearbeitungsgebühr der Bank von 2% kostet € 1.440,--. Der Kunde bezahlt somit in diesem Fall gleich zu Vertragsbeginn mindestens € 5.040,-- Spesen an die Bank und die Vermittlung.

Vor jeder Umschuldung, und auch vor jedem anderen Kredit, muss eine genaue Einnahmen-Ausgaben-Rechnung vorliegen, die so kalkuliert sein muss, dass auch noch ein angemessener Spielraum zur Verfügung steht. Es darf nicht sein, dass eine Kleinigkeit (wie ein Service beim Auto) die gesamte Budgetplanung zunichte macht, denn in kritischen Fällen wird bei Umschuldungskrediten auf dem Girokonto keinerlei Überzug gewährt. Zusätzlich werden für solche Kredite Sicherheiten wie z.B. Bürgschaften verlangt. Auch Versicherungen, die zumindest das Ableben versichern, sind erforderlich und müssen bezahlt werden.

7. Insolvenzprävention

Durch frühzeitige Aufklärung kann verhindert werden, dass Jugendliche nicht zu tief in Schuldenfallen geraten, jedoch sollten sie dabei ihre Scheu vor Schulden nicht verlieren. Schuldenprävention sollte in der Familie, in der Schule und auch von Banken betrieben werden.

7.1 Insolvenzprävention in der Familie

Es ist erwiesen, dass Kinder den Umgang mit Geld am Besten lernen, wenn sie ihrem Alter entsprechend von Erziehungsberechtigten miteinbezogen werden. Kinder brauchen Grenzen, besonders auch beim Umgang mit Geld. Sie müssen früh lernen, dass nicht alles sofort zu haben ist.⁶³

7.2 Taschengeld als Mittel zur Finanzerziehung

Kinder, wie auch Erwachsene, lernen am einfachsten die Kunst mit Geld umzugehen mit eigenem Geld, über das sie frei verfügen können. Wichtig ist hier jedoch, dass das Geld dem Alter, den finanziellen Verhältnissen der Familie, und dem Bedarf des Kindes angepasst ist.

Die Auszahlung sollte auf bestimmte Tage fixiert sein (der erste im Monat, jeden Montag, etc.). Kommt der Jugendliche von einem Auszahlungstag zum anderen mit seinem Geld nicht aus, dann sollten die Eltern nicht sofort Vorschüsse oder ähnliches gewähren, da die Jugendlichen vor allem diese Erfahrung kennen lernen müssen. Ziel soll es sein, dass die Jugendlichen ihr Geld einteilen können. Haben sie wirklich einen Engpass, sollten sie sich ihr „Extrageld“ durch dem Alter entsprechende Nebenjobs verdienen (z.B. Rasenmähen, Zeitungen austragen, Blumen gießen, etc.). Der Fantasie sind hier nur durch das Gesetz Grenzen gesetzt. Wichtig ist auch,

⁶³ Vgl. o. V., Haushalt & Geld, Verein für prophylaktische Sozialarbeit, 6. Überarbeitete Aufl., Linz, 2004.

dass die Höhe des Taschengelds von Eltern und Kindern gemeinsam ausgehandelt werden sollte.

7.3 Insolvenzprävention an Schulen

An unseren Schulen ist Wirtschaftskunde durchaus vertreten, jedoch wird auf die Verschuldungsthematik sehr unterschiedlich eingegangen. Es gibt Schulen und Lehrkörper, denen dieses Thema ein großes Anliegen ist. Dort werden die Schüler gezielt durch Hilfestellungen zur Schuldenprävention von Schuldnerberatungsstellen (Broschüren, Vorträge, Workshops) auf das Thema Schulden aufmerksam gemacht. Leider gibt es jedoch auch Schulen und Lehrkörper, denen dieses Thema nicht so wichtig ist. Es wäre für unsere jungen Menschen hilfreich, dass das Thema Schuldenprävention verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen wird. Positiv anzumerken ist, dass die Hilfestellungen zur Schuldenprävention der Schuldnerberatungsstellen mittlerweile vermehrt in Anspruch genommen werden. Dieser positive Trend gibt uns Anlass zur Hoffnung, in Zukunft eine bessere Aufklärung unserer jungen Menschen zu bekommen.

7.4 Insolvenzprävention im Bankensektor

7.4.1 Definition

Das Wort Insolvenz stammt von dem lateinischen Wort "*insolvens*" im Sinne von „nicht lösend“ ab. In der Wirtschaft und somit auch im Bankensektor beschreibt der Begriff Insolvenz die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens oder einer natürlichen Person. Bei natürlichen Personen (Verbraucherinsolvenz oder Privatinsolvenz) ist dies der Fall, wenn die Person nicht mehr in der Lage ist, die fälligen Schulden zu bezahlen. Bei juristischen Personen spricht man auch dann von Insolvenz, wenn eine Überschuldung⁶⁴ vorhanden ist.

⁶⁴ Überschuldung bedeutet, dass kein Eigenkapital vorhanden ist.

7.4.2 Allgemeines

Ist eine Person insolvenzgefährdet, bedarf es seitens der Bank unbedingt eines erhöhten Beobachtungsaufwands. Eine Kontaktaufnahme ist unbedingt erforderlich, um individuelle Regelungen zu treffen. Hält sich der Kunde nicht an die Abmachungen, werden sämtliche Behebungen hinterfragt. Zudem werden auch Abbuchungen und Daueraufträge genau überwacht.

Vor allem im Falle einer Insolvenz sind insbesondere Neukreditgewährungen (Sanierungskredite), Überziehungen und Prolongationen⁶⁵, Verstärkungen der Sicherheiten, und Kontokorrentkredite einem besonderen Anfechtungsrisiko ausgesetzt.

7.4.3 Anzeichen einer möglichen Insolvenz

Die schwerwiegenden Konsequenzen, die mit einer Insolvenzeröffnung verbundenen sind, machen es für die Bank wichtig, möglichst frühzeitig Tendenzen zu erkennen, die eine mögliche Insolvenz des Kunden andeuten, da die herrschende Judikatur, insbesondere den Hausbanken unterstellt, früher als andere Gläubiger eine mögliche Insolvenz bzw. eine Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit erkennen zu müssen.

Frühe Anzeichen einer bevorstehenden Insolvenz können sein:

- permanent überzogenes Girokonto
- laufende Ausweitung der Überziehungen
- anhaltende Liquiditätsengpässe, die nicht auf die Jahreszeit begrenzt sind (Weihnachten, Einkauf von Heizmaterial, etc.)
- Auflösung von Veranlagungen (Lebensversicherungen, Fondssparverträge, Bausparverträge, etc.)
- Stundungen oder Rückstände bei Krediten
- Kunde reagiert nicht auf versuchte Kontaktaufnahme seines Betreuers, Kunde wechselt den Betreuer

⁶⁵ Sind Verlängerungen der Laufzeiten bei Krediten.

- Eintragung exekutiver Pfandrechte oder vertraglicher Pfandrechte für andere Banken
- Belastungs- und Veräußerungsverbote, Eintragung von Rangordnungen
- Nichtbezahlung von Versicherungsprämien
- Exekutionsbewilligungen oder -drohungen
- ungedeckte Schecks
- Wechselproteste oder -prolongationen
- Vermögensübertragungen, Versuche, Vermögensteile dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen (z.B. Privatstiftung, Familienangehörige)
- externe Informationsquellen (z.B. Kreditschutzverband-Informationen)
- Verlust des Arbeitsplatzes

7.4.4 Sorgfaltspflicht

Die Beachtung der Veröffentlichung der Insolvenzeröffnungen im Amtsblatt zur Wiener Zeitung oder anderen Printmedien ist nicht mehr als ausreichend anzusehen. Die elektronische Insolvenzdatei (www.edikte.gv.at) ist jedenfalls täglich zu bearbeiten und bei Auffinden eines insolventen Bankkunden sind die nötigen Abteilungen umgehend zu verständigen. Danach werden die nötigen Schritte (Konkurssperre, etc.) unverzüglich veranlasst. Ein sich bereits in einer kritischer Finanzlage befindlicher Kunde muss genauestens beobachtet werden. Tendenziell sollte in dieser Situation das Kreditvolumen ohne Vorlage entsprechender „Schuldenabbaupläne“ nicht mehr ausgeweitet werden.

Auch die häufige Vorgangsweise, dass die Bank die dringendsten Überweisungen noch durchführt und dabei entscheidet, welche dies sind und die anderen unerledigt lässt, sollte vermieden werden, da die Bank damit in die persönliche Finanzverwaltung des Kreditnehmers eingreift.

Sanierungskredite sollten jedenfalls nur auf Basis eines gesicherten Schuldenabbauplanes gewährt werden. Eigenprognosen der Bank oder des Kunden sind bei der Erstellung des Schuldenabbauplanes nicht geeignet. Die im vorgelegten Liquiditätsplan veranschlagten Mittel sollten realistisch erscheinen.

7.4.5 Maßnahmen bei Insolvenzanzeichen

Die Kontenführung betreffend:

- Beobachtung der Überziehungsrahmen und deren striktes Einhalten
- Sämtliche Entscheidungen müssen bewilligt sein, eine Nachbewilligung durch den Vorgesetzten ist zu vermeiden
- neben dem Beobachten der eventuell vorhandenen Firmenkredite sollte zeitgleich auch eine Beobachtung der Privatkredite und Privatgirokonten, sowie der betrieblichen und privaten Veranlagungsseite auf unübliche Veränderungen überwacht werden
- strenge Kontrolle der Daueraufträge auf Deckungsprüfung
- keine Rückführung besicherter Kredite zu Lasten unbesicherter Kredite
- konsequentes Verfolgen von den mit dem Kunden vereinbarten Terminen
- Beobachtung der Kontenumsätze
- Beobachtung der Kreditkartenumsätze, falls es noch nicht nötig war, diese einzuziehen
- Einzug von Bankomatkarten und Kreditkarten, Ausgabe einer Karte für interne Geldausgabeautomaten.

Die Sicherheiten-Situation betreffend:

- Verstärkung der Sicherheiten (offene Lohnverpfändungen, Verpfänden von Sparbüchern, Fondssparverträgen, Wertpapierdepots, Lebensversicherungen, Bausparverträgen, etc.)
- Überprüfung des Versicherungsumfangs verpfändeter Liegenschaften
- Besichtigung der Pfandobjekte und Überprüfung vorhandener Schätzgutachten auf Aktualität
- Überprüfung notwendiger Widmungen verpfändeter Liegenschaften für anstehende oder geplante Verwertung bzw. Nutzbarkeit
- Ersetzen vorhandener Vinkulierungen⁶⁶ durch Verpfändungen oder Abtretungen
- Überprüfung der unter Eigentumsvorbehalt stehenden Gegenstände auf Wertverfall, Beschädigung, Verwahrlosung. Falls es erforderlich ist, den Einzug der Vorbehaltssache veranlassen (bei Privatpersonen handelt es sich hier meist um KFZ's).

Ist es nicht möglich, die drohende Insolvenz abzuwenden, bleibt dem Kunden keine andere Möglichkeit, als einen Insolvenzantrag bei Gericht zu stellen.

⁶⁶ Eine Vinkulierung bedeutet bei Versicherungsverträgen, dass im Versicherungsfall (z.B. Zerstörung des versicherten Gebäudes durch Feuer) die Leistung der Versicherung an einen Dritten (z.B. Darlehensgläubiger des versicherten Gebäudeeigentümers) ausbezahlt wird. Die Vinkulierung wird meistens zur Darlehensabsicherung von Banken vorgenommen.
<http://www.mein-wirtschaftslexikon.de/v/vinkulierung.php>.

7.5 Fallbeispiel einer Kreditaufnahme

Ein junges Ehepaar mit zwei kleinen Kindern will sich den Traum eines eigenen Wohnhauses im Grünen erfüllen. Da die finanziellen Möglichkeiten der Familie sehr bescheiden sind, wird beschlossen, einen Kredit für den Hausbau aufzunehmen.

Das Prinzip dieser Familie ist gleich wie bei vielen anderen Personen, welche Schulden aufbauen. Man möchte sich gerne etwas leisten, obwohl das Geld dafür nicht vorhanden ist. Somit leiht man sich Geld für die Finanzierung aus. Es muss damit aber nicht gesagt sein, dass jeglicher Schuldenaufbau schlecht ist.

In unserem Fall machen Schulden durchaus Sinn, wenn sich die ausgeborgte Summe in Grenzen hält und ordentlich getilgt werden kann. Denn kaum jemand wird es schaffen, ein eigenes Heim ohne Fremdfinanzierung zu schaffen. Durch den Einzug in ein eigenes Heim können zum Beispiel die monatlichen Mietkosten der alten Wohnung zum Tilgen des Kredites herangezogen werden. Es sollte aber wohlüberlegt sein, welche Höhe der Tilgung man sich leisten kann, denn einerseits ist es schlecht, wenn man zu kleine Raten zurückzahlt, da dabei die Zinskosten sehr hoch werden und man somit eine immense Mehrsumme zurückzahlen muss. Andererseits ist es gefährlich, sich zu hohe Kreditrückzahlungsraten anzumuten.

Unzufriedenheit seitens der Bank und auch dem Kreditnehmer sind dabei oft die Folge, denn wenn dadurch zu wenig Geld für das tägliche Leben bleibt, verliert der Kreditnehmer sehr oft die Freude an der neuen Investition. Zudem ist man gefährdet, sich durch zu hohe Kreditsummen, und somit auch Raten, sich in eine Existenzgefährdende Lage zu bringen. Oft bleibt dann nur mehr der Verkauf des Investitionsobjektes. Auch bleiben nach dem Verkauf des Objektes oft noch Restschulden übrig, die natürlich getilgt werden müssen.

Weiters muss bei einer Kreditaufnahme unbedingt darauf geachtet werden, dass es sich bei dem Unternehmen, welches den Kredit gewährt, um ein seriöses Unternehmen handelt. Meistens kann man dies dadurch beurteilen, dass seriöse Unternehmen auf jeden Fall die Bonität des Kreditnehmers prüfen. Ist dies nicht der Fall, kann man davon ausgehen, dass es sich um ein dubioses Finanzierungsunternehmen mit undurchsichtigen Geschäftsmethoden handelt.

Häufige Fehler bei der Finanzierung des Eigenheimes sind:

Vertrag genau prüfen

Prüfen sie den vorgelegten Vertrag gründlich, auch Kleingedrucktes. Wichtig ist, dass der Effektivzinssatz und die Gesamtbelastung verglichen und überprüft wird.

Sich das Traumhaus „schön rechnen“

Prinzipiell sollte man sich darüber einig sein, wie groß der Finanzspielraum anhand des monatlichen Einkommens in der Familie ist. Basis dafür sind in den meisten Fällen die Mietkosten der Wohnung, in der vor dem Einzug in das neue Heim gewohnt wird. Zudem sollte eine gründliche Haushaltsrechnung gemacht werden, in der die gesamten Ein- und Ausgaben gegenübergestellt werden. Dabei sollte über einen längeren Zeitraum auch die unregelmäßigen Ausgaben wie Reparaturen, Nebenkosten und Urlaub berücksichtigt werden. Denn nur wenn nach der Beobachtung gesagt werden kann, dass ein finanzieller Spielraum vorhanden ist, macht eine Eigenheimerschaffung Freude und Sinn.

Sich zu geringe Tilgung vereinbaren

Wie schon eingangs erwähnt, ist eine zu niedrige Tilgung schlecht, da der Kreditnehmer dadurch länger braucht, um schuldenfrei zu werden. In Zeiten niedriger Zinsen wie heute, sollten Kreditnehmer unbedingt einen möglichen erzielbaren Konditionsvorteil für eine schnellere Schuldenbefreiung nutzen. Dadurch können Kreditlaufzeiten enorm verkürzt werden.

Keine Vergleichsangebote einholen

Meist sind Erstangebote bei Finanzierungen nicht ratsam, da die angebotenen Konditionen oft weit von den Top-Konditionen am Markt entfernt liegen. Auch sind diese Angebote sehr oft standardisiert und nicht auf die individuelle Lebensplanung des möglichen Kreditnehmers abgestimmt. Daher empfiehlt es sich bei der Kreditaufnahme, nichts zu überstürzen und sich genügend Angebote einzuholen und zu vergleichen.

Ohne Absicherung finanzieren

Wenn die Finanzierung an einer Person haftet, sollte diese entsprechend abgesichert sein, denn nur dann ist gewährleistet, dass in einem Todesfall der Kredit weiter bedient werden kann. Vorkehrungen zu Berufsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit sorgen zudem dafür, dass die Kreditraten auch beglichen werden können, wenn der Hauptverdiener nicht mehr, oder nur bedingt, seinem Beruf nachgehen kann.

Keine Reserven für Instandhaltung einplanen

Bei knapper Kalkulation kann es vorkommen, dass die Finanzierung bei unvorhergesehenen Ereignissen ins Wanken kommen kann. Zum Beispiel scheint es logisch, dass mit steigendem Alter einer Immobilie, auch die Instandhaltungskosten höher werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, Rücklagen zu bilden, um im Extremfall darauf zurückgreifen zu können.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Kredite für Investitionen bei Immobilien durchwegs befürwortet werden können, da zum Großteil der Wert einer Immobilie vorhanden bleibt und somit eine gewisse Substanz darstellt. Der generelle Trend in Österreich geht auch eindeutig in diese Richtung. Viele Familien wollen keine dauerhaften Mieten mehr bezahlen. Immer mehr Personen kommen auf den Geschmack, das Eigentum eine wunderbare Sache ist. Daher erfüllen sich auch sehr viele diesen Traum, koste es was es wolle. Trotzdem sollten vor allem vor einer großen finanziellen Entscheidung Vor- und Nachteile genau angeschaut und abgewogen werden. Es gibt hierzu kein Patentrezept das bei allen Fällen angewandt werden kann. Für jede Familie und deren Investition sollen und müssen individuelle Überlegungen und Entscheidungen getroffen werden.

8. Schuldnerberatung

8.1 Allgemeines

Bereits Ende der 80-iger Jahre haben sich die Schuldnerberatungen Österreichweit organisiert. Seit 1995, mit dem Inkrafttreten des "Privatkonkurses", gibt es bevorrechtete Schuldnerberatungen, die auch namentlich als "Schuldnerberatung" in der Konkursordnung erwähnt sind. Für das Zustandekommen des Gesetzes haben sich die Stellen in internen und ministeriellen Arbeitskreisen engagiert.

Derzeit bestehen in Österreich 10 bevorrechtete Schuldnerberatungen, die 20 dazugehörige Regionalstellen betreiben. In diesen Beratungsstellen sind 122 vollzeitbeschäftigte Berater tätig.⁶⁷ Bevorrechtete Schuldnerberatungsstellen unterstützen ihre Klienten bei allen Schuldenregulierungsmöglichkeiten kostenlos. Das Bundesministerium für Justiz hat eine Schuldnerberatung mit Bescheid zu bevorzugen, wenn die nachstehenden Bedingungen erfüllt sind:

- 1) nicht auf Gewinn ausgerichtet
- 2) Verlässlichkeit gewährleistet
- 3) Mindestens drei Mitarbeiter
- 4) Zeitgemäße Ausstattung
- 5) Zwei Jahre Tätigkeit
- 6) Stellungnahme des Dachverbandes (ASB)⁶⁸

Die Dachorganisation der Schuldnerberatung ASB mit Sitz in Linz wurde 1992 als Verein gegründet und Ende 2002 in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt.

⁶⁷ Vgl. Kemmettmüller, Maria, Schuldenreport 2011, ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2011, http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_schuldenreport_2011_end.pdf.

⁶⁸ Vgl. o. V., ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2011, <http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/schuldnerberatung-infos-zeitung-59.php>.

Im Beirat der ASB Schuldnerberatungen GmbH ist jede österreichische Schuldnerberatung mit jeweils einem Stimmrecht vertreten.⁶⁹ Die ASB dient als Verbindungsstelle von Schuldnern zu Ministerien, Wissenschaft und Gläubigergruppen. Ihre Hauptaufgaben liegen in der Aus- und Weiterbildung, der Auswertung und Dokumentation und im internen Informationsaustausch zwischen den Schuldnerberatungsstellen. Die ASB ist somit eine übergeordnete Koordinierungs- und Schnittstelle zwischen den Schuldnerberatungen und öffentlichen/privaten Einrichtungen. Die ASB hat ebenfalls Stellungnahmerecht vor der Entscheidung zur Bevorrechtung von Schuldnerberatungen durch den Bundesminister für Justiz.

Die Schuldnerberatungen sind zum überwiegenden Teil als privatrechtliche, gemeinnützige Vereine organisiert. Einige sind in öffentliche Einrichtungen (z.B. Magistrat) eingebunden, oder als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert. Sie werden zum größten Teil von öffentlicher Hand (Länder, Städte, sonstige Einrichtungen, etc.), sowie dem AMS finanziert.

Erst wenn das Einkommen gepfändet wird, und die Bank Überweisungen nicht mehr durchführt, wenden sich viele Hilfesuchende an Schuldnerberatungsstellen in ganz Österreich. Diese Tatsache erschwert den Schuldnerberatern die Arbeit, da das Arbeitseinkommen oft nicht zur Befriedigung der Ansprüche herangezogen werden kann, weil dieses bereits mit einer Gehaltsexekution versehen ist.

Schuldnerberatung leistet professionelle Hilfe, die eingreift, wenn Menschen in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind oder zu geraten drohen. Jedoch kann die Schuldnerberatung schon vorab in verschiedenen Situationen in Anspruch genommen werden.

Beispielsweise:

- bei Fragen zu Krediten, Zinsen, Zahlungsbedingungen, etc.
- bei der Erstellung von Haushalts- und Finanzplänen

⁶⁹ Vgl. o. V., ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2011, <http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/schuldnerberatung-infos.php>.

- bei der Planung größerer Anschaffungen
- bei Exekutionen und Gehaltspfändung
- bei Fragen zum Privatkonkurs
- bei extremen finanziellen Engpässen (Überschuldung, kein Geld für die wichtigsten Lebensbedürfnisse wie Lebensmittel und Kleidung)

Im Jahr 2010 suchten 52.450 Österreicher Hilfe bei den verschiedensten Schuldnerberatungsstellen. Schuldnerberatungsstellen bieten verschuldeten Einzelpersonen, Familien und Haushalten Hilfe zur Selbsthilfe an, um die Ver- bzw. Überschuldung zu beseitigen oder zu verringern.

Schuldnerberatung ist Teil einer umfassenden Lebensberatung, daher auch Beratung in sozialen Angelegenheiten und damit persönliche Hilfe. Die Beratung erfolgt vertraulich auf den Grundlagen der Freiwilligkeit und der Eigenverantwortlichkeit. Schuldnerberatungen übernehmen keine Bürgschaften bzw. leisten keine finanzielle Unterstützung, sie unterstützen nur in rechtlichen Dingen und zeigen Möglichkeiten auf, sich selbst aus der Schuldenfalle zu befreien.

Schuldnerberatung erfüllt rechtliche, wirtschaftliche, psychosoziale und präventive Aufgaben. Betrachtet werden wirtschaftliche und rechtliche Aspekte, psychosoziale Begleitung und auch individualpräventive Maßnahmen werden miteinbezogen. Man darf jedoch nicht übersehen, dass Schuldnerberatung primär nur Hilfe zur Selbsthilfe anbietet. Es wird auch auf die Möglichkeit hingewiesen, Förderungen in Anspruch zu nehmen.

8.2 Rechtliche Schuldnerberatung

Schuldnerberatung erkennt rechtliche Probleme und unterstützt bei der notwendigen Zusammenarbeit mit Gläubigern, Rechtsanwälten und Gerichten. Nach der Konkursordnung (§ 192 KO), können sie Klienten auch in Schuldenregulierungsverfahren ("Privatkonkurs") vor Gericht vertreten.

Dies ist aber nur möglich, wenn das Justizministerium Beratungsstellen, die bestimmte Qualitätskriterien erfüllen, zu bevorrechteten Beratungsstellen erklärt.

8.3 Wirtschaftliche Schuldnerberatung

Die Mitarbeiter der Schuldnerberatungsstellen beraten bei der Verbesserung des Haushaltsbudgets und unterstützen bei der Erstellung von Sanierungsplänen.

8.4 Psychosoziale Schuldnerberatung

Psychische und soziale Probleme, die die eigene Lösungskompetenz und die Kapazitäten übersteigen, sind Aufgabe der darauf spezialisierten Institutionen, an welche bei Bedarf verwiesen wird.

8.5 Präventive Schuldnerberatung

Schuldnerberatung leistet zudem Präventivarbeit in Form von Bildungsaufgaben. Es sollen "mündige Konsumenten" gefördert und erzogen werden.

Streng von Schuldnerberatungsstellen sind Schuldnerberatungsbanken zu trennen. Diese stellen sich oft als gewerbliche Kreditvermittler heraus. Sie bieten dem Verschuldeten einen Umschuldungskredit an, bei dem die Abwicklung des Kredits und die Spesenabrechnung oftmals undurchsichtig und häufig stark überteuert sind.

9. Privatsolvenz

9.1 Allgemeines

Seit 1995 gibt es für überschuldete Privatpersonen (Nichtunternehmer und ehemalige Unternehmer) die Möglichkeit, Privatsolvenz anzumelden. Mit der Privatsolvenz wurde natürlichen Personen die Möglichkeit gegeben, die finanzielle Situation individuell zu sanieren. Dabei ist die Anzahl derer, die diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, von Jahr zu Jahr gestiegen. So sind im Jahr 2010 in Österreich 10.374 Anträge gestellt worden. Der umgangssprachliche Ausdruck „Privatsolvenz“ wird im Gesetz als „Schuldenregulierungsverfahren“ (SRV) vor dem Bezirksgericht bezeichnet. Dieses beschreibt eine Fülle von Verfahrensweisen und Rechtsschriften, die in der Konkursordnung (KO) geregelt sind. Ziel des Verfahrens ist es, redlichen und motivierten Schuldnern eine realistische Chance auf einen wirtschaftlichen Neubeginn zu geben.⁷⁰

9.2 Außergerichtlicher Ausgleich

Bevor eine Privatsolvenz eröffnet wird, muss versucht werden, über einen außergerichtlichen Ausgleich zu einer Lösung zu kommen. Ziel des außergerichtlichen Ausgleichs ist es, eine Schuldenregulierung unter Einbeziehung aller Gläubiger ohne Einschaltung der Gerichte herbeizuführen. Für die Gläubiger ist dieser außergerichtliche Ausgleich interessant, weil keine Verfahrenskosten anfallen und die Zahlungen der Schuldner zur Gänze den Gläubigern zukommen.⁷¹ Es ist jedoch anzumerken, dass kein Gläubiger zur Annahme des außergerichtlichen Ausgleichs gezwungen werden kann. Auch müssen alle Gläubiger den Vereinbarungen des außergerichtlichen Ausgleichs zustimmen, um diesen abschließen zu können.

⁷⁰ Vgl. Kemmettmüller, Maria, Schuldenreport 2011, ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2011, http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_schuldenreport_2011_end.pdf.

⁷¹ Vgl. o. V., Außergerichtlicher Ausgleich, Wien, Stand 01.01.2011, <http://www.help.gv.at/Content.Node/83/Seite.830020.html>.

Die jeweiligen Vereinbarungen sollten unbedingt schriftlich abgeschlossen werden und zumindest folgende Punkte umfassen:⁷²

- Bezeichnung der Forderung (z.B. Kontonummer, Rechnungsnummer)
- Gesamtschuldenstand nach Kapital
- Zinsen und Kosten
- Höhe und Fälligkeitsdatum der Abschlagszahlung
- Verzichtserklärung über die Restschuld
- Einstellung laufender Exekutionsverfahren

Im erfolgreichen außergerichtlichen Ausgleich verzichten alle Gläubiger freiwillig auf einen Teil ihrer Forderungen. Dabei werden diese auf jene Summen reduziert, die der Zahlungsfähigkeit des Schuldners angemessen ist. Bei Zustimmung und fristgerechter Zahlung dieser Abschlagszahlungen erlöschen die Restschulden, und die Exekutionstitel verlieren ihre Gültigkeit. Weiters werden damit auch allfällige Bürgen von ihrer Haftung befreit.

Kommt es zu keinem außergerichtlichen Ausgleich, muss der Schuldner beim zuständigen Bezirksgericht den Antrag auf Abschluss auf ein Schuldenregulierungsverfahren stellen.

9.3 Schuldenregulierungsverfahren

Von Schuldenregulierungsverfahren spricht man dann, wenn es eine natürliche Person betrifft, die kein Unternehmen (mehr) betreibt. Auch ehemalige Unternehmer fallen daher in dieses Verfahren, auch wenn deren Schulden aus der Unternehmenstätigkeit kommen. Es gibt im Rahmen des Insolvenzverfahrens (Schuldenregulierungsverfahren) drei Wege zur Entschuldung. Das wären der Sanierungsplan, der Zahlungsplan und das Abschöpfungsverfahren.⁷³

⁷² Ebda.

⁷³ Vgl. Fink, Herbert, Insolvenzrecht, 7. Auflage, Wien, 2010, S 87.

9.3.1 Sanierungsplan

Im Sanierungsplan verspricht der Schuldner den Gläubigern, die Bezahlung eines bestimmten Anteils seiner Schulden innerhalb einer bestimmten Zeit. Dabei muss er eine Mindestquote von 20%, zahlbar binnen zwei Jahren, oder bei Nichtunternehmern, zahlbar längstens binnen fünf Jahren vorsehen. Weiters muss er von der Gläubigermehrheit (samt Kapitalmehrheit) angenommen und vom Gericht bestätigt werden. Der bestätigte und ausbezahlte Sanierungsplan befreit den Schuldner gegenüber den Insolvenzgläubigern von den restlichen Schulden und den Zinsen seit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.⁷⁴

Weiters hat ein Gericht die Möglichkeit, einen Sanierungsplan zurückzuweisen, wenn seine Erfüllung voraussichtlich nicht möglich sein wird.

Sollte der Sanierungsplan von den Gläubigern abgelehnt werden, oder von vornherein aussichtslos bzw. unzweckmäßig sein, dann kann der Schuldner ein Zahlungsverfahren bzw. ein Abschöpfungsverfahren anstreben.

9.3.2 Zahlungsplan

Der Zahlungsplan kann ohne vorherigen Sanierungsplan beantragt werden. Der Schuldner muss seinen Gläubigern eine Zahlungsquote anbieten, die im Hinblick auf seine Einkommenslage der nächsten fünf Jahre zumutbar erscheint. Die Zahlung kann auch in Raten innerhalb von maximal sieben Jahren angeboten werden. Wenn die Quote von der Gläubigermehrheit (samt Kapitalmehrheit) akzeptiert und vereinbarungsgemäß bezahlt wird, erlöschen die übrigen Schulden.

Verschlechtert sich die Einkommens- und Vermögenslage des Schuldners während der Zahlungsfrist ohne dessen Verschulden, sodass er fällige Verbindlichkeiten nicht erfüllen kann, muss er binnen 14 Tagen nach Mahnung der Gläubiger eine Änderung

⁷⁴ Vgl. o. V., Sanierungsplan, Wien, Stand 01.01.2011, <http://www.help.gv.at/Content.Node/83/Seite.830050.html#sanierungsplan>.

des Zahlungsplans und die Einleitung eines Abschöpfungsverfahrens mit Restschuldbefreiung beantragen.⁷⁵

9.3.3 Abschöpfungsverfahren mit Restschuldbefreiung

Während Sanierungsplan und Zahlungsplan der Zustimmung der Gläubiger bedürfen, stellt das als letzter Notbehelf gedachte Abschöpfungsverfahren mit Restschuldbefreiung den äußerst problematischen Versuch dar, den Schuldner auch gegen den Willen der Gläubiger zu "entschulden".

Der Antrag auf Durchführung eines Abschöpfungsverfahrens mit Restschuldbefreiung kann mit dem Antrag auf Annahme oder Änderung des Zahlungsplans gestellt werden. Voraussetzung dafür ist die Ablehnung des Zahlungsplans.

Im Abschöpfungsverfahren mit Restschuldbefreiung erhalten die Gläubiger keine bestimmte Quote, ebenso ist ihre Zustimmung nicht mehr erforderlich. Über die Zulässigkeit, Durchführung und Restschuldbefreiung entscheidet allein das Gericht. Der Schuldner verpflichtet sich, für die Dauer von sieben Jahren einer angemessenen Erwerbstätigkeit nachzugehen und pfändbare Teile seines Einkommens an einen Treuhänder abzutreten.⁷⁶

Erbschaften und Schenkungen werden ebenfalls zugunsten der Gläubiger verwertet. Der Treuhänder verteilt die eingegangenen Beträge jährlich auf die Gläubiger. Nach Ablauf der sieben Jahre erteilt das Gericht die Restschuldbefreiung. Der verschuldeten Person wird der nicht bezahlte Teil der Schulden erlassen.

⁷⁵ Vgl. o. V., Zahlungsplan, Wien, Stand 01.01.2011, <http://www.help.gv.at/Content.Node/83/Seite.830050.html#zahlungsplan>.

⁷⁶ Vgl. o. V., Abschöpfungsverfahren mit Restschuldbefreiung, Wien, Stand 01.01.2011, <http://www.help.gv.at/Content.Node/83/Seite.830050.html#abschoepfungsverfahren>.

Voraussetzungen dafür sind:⁷⁷

- Sämtliche Verfahrenskosten müssen bezahlt worden sein
- Die Insolvenzgläubiger müssen mindestens zehn Prozent ihrer Forderungen erhalten haben

Wenn die Quote von zehn Prozent nicht erreicht wurde, kann das Gericht nach Billigkeit festlegen, ob und wie viel der Schuldner zusätzlich bezahlen muss. Die Zahlungsfrist kann um maximal drei Jahre verlängert werden.

Das Abschöpfungsverfahren wird vorzeitig eingestellt wenn:⁷⁸

- Die verschuldete Person Obliegenheiten schuldhaft verletzt, und die Befriedigung der Gläubiger dadurch beeinträchtigt wird (auf Antrag eines Gläubigers)
- Die verschuldete Person während des Abschöpfungszeitraums wegen gewisser Straftaten rechtskräftig verurteilt wird.

Bei Scheitern des eingeleiteten Abschöpfungsverfahrens mit Restschuldbefreiung ist die verschuldete Person 10 Jahre für ein neuerliches Zahlungsplanverfahren, und 20 Jahre für ein neuerliches Abschöpfungsverfahren mit Restschuldbefreiung gesperrt. Dies hat dann zur Folge, dass die alten Schulden samt Zinsen wieder aufleben und der Schuldner von neuem exekutiert werden kann.

⁷⁷ Ebda.

⁷⁸ Ebda.

10. Resümee

Ein Haushalt ist mit einer Firma vergleichbar. Es ist notwendig alle Einnahmen und Ausgaben zu erfassen und gegenüber zu stellen. Nur so ist es möglich, sich ein objektives Bild über seine eigene Finanzsituation zu machen. Im privaten Bereich ist es dabei sehr sinnvoll, ein genaues Haushaltsbuch über die gesamten Geldbewegungen zu führen. So kann man sich einen realistischen Überblick über den vorhandenen finanziellen Spielraum verschaffen und frühzeitig auf Probleme reagieren. Gerade bei der Jugend ist es sehr wichtig, für eine gute Schuldenprävention zu sorgen, welche dadurch gewährleistet ist.

Vor allem sollten Eltern ihren Kindern eine große Hilfe sein, zu lernen, wie man mit Geld umgeht. Dabei spielt die Vorbildfunktion eine entscheidende Rolle, denn wenn man heranwachsenden Kindern bzw. Jugendlichen vorlebt, wie es funktioniert, hat es eine prägende Wirkung. Es soll nicht gelehrt werden, dass Schulden zu machen ein totales Schreckensszenario ist, sondern es soll ein gewisser Respekt geschaffen werden. Es wird und soll sich auch nicht vermeiden lassen, dass in Zukunft Kredite aufgenommen werden, denn fast keiner wird z.B. genug Kapital haben, um sich ein Haus ohne Kredit aufzubauen.

Nicht nur in der Familie ist die Finanzerziehung sehr wichtig. Um die Verschuldungssituation in Österreich zu verbessern, sollte Schuldenprävention verstärkt auch durch Banken und Schulen betrieben werden. Gesunde Kredite sind ein Segen für jede Bank, aber Kredite mit einer hohen Ausfallswahrscheinlichkeit sind natürlich auch für Banken nicht wünschenswert. Sie sind in den seltensten Fällen rentabel und sollten vermieden werden. Deshalb ist es auch für den Bankensektor von Vorteil, wenn die Kunden mündiger und aufgeklärter sind.

An Schulen wäre es wünschenswert, dass das Thema Schuldenprävention verpflichtend in den Lehrplan aufgenommen werden muss. Nur so kann eine flächendeckende, sinnvolle Prävention betrieben werden. Dabei sind die Lehrer gefordert, den Schülern durch entsprechende, zur Verfügung stehende Literatur, die Gefahren des übermäßigen Konsums zu erläutern. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, dass die Lehrerschaft hierbei keine Erziehungsfunktion übernimmt, denn diese muss und soll in den jeweiligen Elternhäusern bleiben.

Egal welche Verbote, Gesetze und Regelungen für Jugendliche bezüglich Finanzangelegenheiten auch geschaffen werden, die Probleme wird es solange geben, bis ein Umdenken in der Gesellschaft stattfindet. Einerseits wird in jeder Ecke diskutiert, dass unsere Jugend viel zu leichtfertig Geld ausgibt, und damit nicht umgehen kann. Andererseits weiß die Wirtschaft um die Kaufkraft der Jugendlichen, und daher ist dieser Markt so heiß umkämpft wie fast kein Anderer. Wegen dieser Tatsache dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn durch aggressive Werbung und gezielte Strategien um die Gunst der Jugend geworben wird. Hierbei erscheint es nur allzu logisch, dass im Endeffekt die Jugendlichen die Verlierer sind, und auf der Strecke bleiben.

Letztlich sind wir die Generation, die es soweit kommen ließ!

Zur Verbesserung sollte dabei jeder Einzelne eine Rolle spielen, und seinen Beitrag leisten. Man kann die Welt nicht alleine ändern, aber man kann in seiner nächsten Umgebung damit klein anfangen.

III. Literaturverzeichnis

Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch, IGS 946; Österreich

Fink, Herbert, Insolvenzrecht, 7. Auflage, Wien, 2010

Grohs, Hans W., Schuldenreport 2010, ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2010

http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_schuldenreport_2010_END.pdf,

Kantner, Hans-Georg, Insolvenzstatistik, Kreditschutzverband 1870, Wien, 2010,

http://www.ksv.at/KSV/1870/de/5presse/3statistiken/1insolvenzen/2011-04/insstatistikq1_2011/index.html

Kemmettmüller, Maria, Schuldenreport 2011, ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2011,

http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_schuldenreport_2011_end.pdf,

Kollmann, Karl, Kaufsucht in Österreich, Wien, 2004

Koziol, H., Welser, R., Bürgerliches Recht I, Wien, 2000

Kropf, Peter, Expertenstimme zum Thema Konsum, Bregenz, [http://www.eltern-](http://www.elternbil-)

[dung.at/home/schwerpunktthemen/unterthema_detail/expertenstimme/thema/wissen-](http://www.elternbil-dung.at/home/schwerpunktthemen/unterthema_detail/expertenstimme/thema/wissenswertes-bunt-)

[ge-](http://www.elternbil-ge-)

[mischt/unterthema/konsum/?expertenid=179&cHash=800cab11cb7f31cabaf464854d48231c](http://www.elternbil-mischt/unterthema/konsum/?expertenid=179&cHash=800cab11cb7f31cabaf464854d48231c),

Lange, E., Jugend – Konsum; Konsummuster, Freizeitverhalten, soziale Milieus, Opladen, 1991

Lange, Elmar, Fries, Karin R., Jugend und Geld 2005, Eine empirische Untersuchung über den Umgang von 10 - 17-jährigen Kindern und Jugendlichen mit Geld, Münster, 2006,

<http://www.kursbuch-schuldenpraevention.de/downloads/studiejugendundgeld2005.pdf>,

Leinweber, Rudolf, Verbraucherverschuldung als Rechtsproblem, Wien, 1995

o. V. Pfändungen und Exekutionen, Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in Österreich, Linz, 2010

http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/asb_FS11_Pfaendungen_Exekutionen.pdf,

o. V., Abschöpfungsverfahren mit Restschuldbefreiung, Wien, Stand 01.01.2011,

<http://www.help.gv.at/Content.Node/83/Seite.830050.html#abschoepfungsverfahren>,

o. V., Außergerichtlicher Ausgleich, Wien, Stand 01.01.2011,

<http://www.help.gv.at/Content.Node/83/Seite.830020.html>,

o. V., Der Gerichtsvollzieher, Schuldnerberatung Wien, Zugriff am 21.05.2011,

<http://www.schuldnerberatung-wien.at/beratung/Gerichtsvollzieher.html?setFontSize=p>,

o. V., Die Exekutionsordnung, §26, Zugriff am 21.05.2011,

<http://www.richtervereinigung.at/gesetze/EO-Neu.pdf>,

o. V., Existenzminimum 2011, Ehe- und Familienrecht Online, Stand 15.12.2010,

<http://www.weka.at/familienrecht/ehe/unterhalt/news/neue-werte-zur-ermittlung-des-existenzminimums-2011/29006/?l=1>,

o. V., Geschäftsfähigkeit bei Kindern und Jugendlichen, Wirtschaftskammer Österreich,

Wien, 2010,

http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AnglID=1&StlD=431297&DstlD=0,

o. V., Geschäftsfähigkeit Jugendlicher, Wien, 2004,

<http://www.help.gv.at/Content.Node/38/Seite.380503.html#Girokonto>,

o. V., Geschäftsfähigkeit Jugendlicher, Wien, 2004,

<http://www.help.gv.at/Content.Node/38/Seite.380503.html#Bankomatkarte>,

o. V., Geschäftsfähigkeit Jugendlicher, Wien, 2004,

<http://www.help.gv.at/Content.Node/38/Seite.380503.html#Kredit>,

o. V., Haushalt & Geld, Verein für prophylaktische Sozialarbeit, 6. Überarbeitete Aufl., Linz, 2004

o. V., Lehrlingsstatistik, Wirtschaftskammer Österreich, Wien, 2010,

Stichtag 31.12.2010, <http://wko.at/statistik/jahrbuch/Lehrling2.pdf>,

o. V., Lexikon-Institut-Bertelsmann, Das moderne Lexikon, Band 9, Gütersloh, 1979

o. V., Positionspapier der Umweltschutzverbände Österreichs zum Thema Mobilfunk und Gesundheit, 2007,

http://www.umweltschutzverband.gv.at/stellungnahmen/mobilfunk_position.pdf,

o. V., Privatkonkurs, Kleine Zeitung, Seite 38, Ausgabe vom 07. Mai 2011

o. V., Sanierungsplan, Wien, Stand 01.01.2011,

<http://www.help.gv.at/Content.Node/83/Seite.830050.html#sanierungsplan>,

o. V., Wenn sich Jugendliche in Schulden stürzen, Der Standard, 30.06.2010,
<http://derstandard.at/1277337089190/Wenn-sich-Jugendliche-in-Schulden-stuerzen>

o. V., Zahlungsplan, Wien, Stand 01.01.2011,
<http://www.help.gv.at/Content.Node/83/Seite.830050.html#zahlungsplan>,

o. V., Zahlungsverzug des Geschäftspartners, Österreichische Wirtschaftskammer,
Wien, 2009,
http://www.wkw.at/docextern/G%FCtertransporteure/ServiceOrdner/zahlungsverzug_merkblatt.pdf,

o. V.; ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in
Österreich, Linz; 2011, <http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/schuldnerberatung-infos-zeitung-59.php>,

o. V.; ASB – Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldnerberatungen in
Österreich, Linz; 2011; <http://www.asb-gmbh.at/asb/equal/newssystem/schuldnerberatung-infos.php>,

Thonabauer, Günther, Kreditkarten weiterhin beliebtes Zahlungsmittel, Presseaus-
sendung Österreichische Nationalbank, 2009,
[http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/ZahlungsmittelundZahlungssysteme/kredi
tkarten weiterhin beliebtes zahlungsmittel.jsp](http://www.oenb.at/de/stat_melders/presse/ZahlungsmittelundZahlungssysteme/kreditkarten_weiterhin_beliebtes_zahlungsmittel.jsp),

Todt, Eberhard., Psychologie und Soziologie des Jugendalters, 2005,
http://www.uni-giessen.de/~g655/Start_Jugendalter.htm,

Zwick, Jenni, Jugendliche in der Schuldenfalle – ein Leben im Minus, 2009,
[http://eltern.t-online.de/jugendliche-in-der-schuldenfalle-ein-leben-im-minus-
/id_20456866/index](http://eltern.t-online.de/jugendliche-in-der-schuldenfalle-ein-leben-im-minus-/id_20456866/index),

IV. Erklärung zur selbständigen Anfertigung der Arbeit

Erklärung

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Weiz, 11.07.2011